



DER AUFSTAND

**für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!**

Ausgabe 43/21

24.10.2021

Die Sklavenflagge!



**Zum ersten Mal in der Geschichte
wird die Unwirksamkeit eines
Medikamentes denen angelastet,
die es nicht eingenommen haben.**

**SAMSTAG 30.10.2021 16UHR
MARSCH DURCH HAMBURG
START ERNST-MERCK-STR.
VOR DER KUNSTHALLE**

HAMBURG

WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN.

BRINGT TRANSPARENTE,
TRILLERPFEIFEN,
FESTES SCHUHWERK
UND GUTE LAUNE MIT

DER UMZUG
IST ANGEMELDET



Diese Wochenzeitung ist als PDF-Datei unter:

<http://deraufstand.wihuman.de/> oder
<https://debattenraum.eu>

Jeder Leser kann über die Email-Adresse
Aktikel ein-reichen:

gdg-deraufstand-abo@wihuman.de

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Holger Thurow-N.

Herausgegeben von der

"Gesellschaft der Gleichen" (GbR)

Rechtlich vertreten von: "UMEHR e.V."

(VR 24757), Holsteiner Chaussee 303 b,
22457 Hamburg

Email: gdg-deraufstand-abo@wihuman.de



Offene Versammlung

In Kooperation zwischen:

Thorsten aus Lübeck, der GdG
(Gesellschaft der Gleichen/GbR)
und „Politische Teilhabe e.V.“

jeden **Dienstag**

um **20:00 Uhr**,

Ort: **Zoom-Meeting**



Du bist interessiert?

Informiere Dich unter über 0391 50549965,
0176/23470736, oder kontaktiere uns über das
Impressum auf der Titelseite dieser Zeitung.

Bring gerne deine Themen mit!

<https://t.me/gruppewiderstand>

Telegram



Info Gruppe Widerstand

Gruppe zur gegenseitigen Unterstützung
aller Widerständler! Hier gerne Bilder/
Videos/Infos aus Berlin posten, wir
veröffentlichen diese umgehend auf dem
Kanal - <https://t.me/kanalwiderstand>



www.debattenraum.eu

„Grundmerkmal jedes totalitären Systems ist es, Menschen mit anderer Meinung als Gefahr darzustellen, sie mundtot zu machen und zu entmenslichen. Genau dieses Denken greift heute um sich. Wie immer unter dem Vorwand des Kampfes für das Gute. Und wieder laufen so viele blind mit.“
Boris Reitschuster



Schulkrise: Das Problem mit dem Staatsmonopol und einige Lösungsansätze!

Das heutige deutsche Schulsystem ist sehr krank. Es ist wie ein Geschwür, was mehrere Facetten hat, dem zu Grunde aber eine Ursache liegt — das Monopol des Staates auf Bildung. Die vier aus meiner Sicht schlimmsten Symptome sind:

- die Schulgebäude-Präsenzpflicht,
- frontaler Unterricht,
- lebensferne Lerninhalte und
- die staatlichen Corona-Maßnahmen.

Es gibt nur zwei Länder auf der Welt, die eine Schulgebäude-Präsenzpflicht haben: Deutschland und Nordkorea. Der Staat bestimmt, dass die Kinder sich nur in den vier Wänden einer staatlich genehmigten Schule staatlich vorgegebenes Wissen und Fähigkeiten aneignen können. Begründet wird dies damit, dass man mit der Präsenzpflicht auch die bildungsfernen Kinder betreut/abholt. Welche Ironie — die meisten Schulen machen die Kinder bildungsfern!

Wie geht das? Durch das frontale Unterrichten und lebensferne Lerninhalte. Die deutsche Sprache ist sehr genau: „Unterricht“ — ein „Lehrkörper“ (*so heißen jetzt gendergerecht die Lehrer, das ist kein Witz! Es brennt mir unter den Nägeln dabei das „h“ gegen das „e“ auszutauschen, weil die meisten Lehrkörper nichts eigenes persönliches mitbringen, sondern nur dem Lernplan und den Vorgaben der Schulbehörde stumpf befolgen*) steht vor den starr sitzenden Kindern und richtet sie nach unten. Er stopft sie mit langweiligem, irrelevantem, praxisfernem Wissen voll und bedient sich dabei den veralteten Lerntechniken, was zu Bulimie-Lernen und Lern-Allergie führt.

Die moderne Gehirnforschung (nachzulesen und-schauen bei Vera Birkenbihl, Gerald Hüter und Ricardo Leppe) empfiehlt anstatt dem frontalen „Unterrichten“ das Begleiten des Lernprozesses oder das Helfen beim Entfalten der Fähigkeiten. Die Kinder sind von Natur aus wissbegierig, sie wollen alles begreifen und wenn man für sie eine Umgebung schafft, die bewertungsfrei und reich an Lernangeboten ist, wo die Kinder sich (auch während der Lernphase) frei bewegen können, von einander altersübergreifend lernen dürfen und das Wissen gehirngerecht vermittelt wird, dann erblühen sie wie einzigartige selbstständige starke Persönlichkeiten, sind glücklich und erfolgreich.

Leider scheint das deutsche Schulsystem von der modernen Hirnforschung nichts mitbekommen zu haben. Eine durchschnittliche Schule ist immer noch so wie vor über 50 Jahren. Nur ca. 10% der Lerninhalte bleiben in den Köpfen der Kinder nach dem Beenden der Schule erhalten. Das heißt, wenn man gehirngerechte Lerntechniken anwenden würde, hätte man ca. 10 Jahre Lebenszeit von jedem Kind erspart! Und zudem würde man dem Kind die Freude am Lernen nicht verderben, sodass es sich auch nach der Schule von sich aus aktiv und gerne weiterbilden würde.

Wozu werden denn die Zehn Jahre der Schulzeit vergeudet? Zum Stunden absitzen, zum Niederdrücken der Persönlichkeit, indem man die Kompetenzen in allen Fächern auf ein durchschnittliches Niveau zieht (die Stärkeren werden

klein gehalten und an den Schwächeren wird gearbeitet), zum Üben der Fremdbestimmung, der sinnlosen Autoritätshörigkeit (nichts hinterfragen!), der passiven Haltung, der Unterdrückung von natürlichen Bedürfnissen.

Die staatlichen Corona-Maßnahmen stellen ein besonders akutes Symptom des kranken Schulsystems dar. Die natürlichen Grundbedürfnisse der Kinder — Atmen und soziale Kommunikation — werden unterdrückt. Die Maske, die weder Viren noch Aerosole aufhält, ist ein Sklavensymbol, aufgrund der verringerten Sauerstoffzufuhr und der CO₂-Rückatmung sorgt sie für das Verkümmern des Gehirns und anonymisiert die Menschen (senkt die Empathie). Das Testen der gesunden Kinder und die Masken auf den Gesichtern vermitteln den Schülern den Eindruck, sie seien für einander gefährlich, ihr Atem könne töten. Das Rumpoppeln mit dem Teststäbchen in der Nase und die Zwangsbedeckung des Mundes werden von den Kindern unterbewusst als erniedrigend wahrgenommen, obwohl die meisten sich mittlerweile damit abgefunden haben. So mutierte die Schule zu einer Erziehungsanstalt der gehorsamen emphatielosen Hypochonder.

Eigentlich sind die staatlichen Corona-Maßnahmen an der Schule illegal. Die Masken- und die Testpflicht dürften nicht eingeführt werden, weil keine schulärztliche Untersuchung den Kindern angeboten wurde und es keine Gefährdungsbeurteilungen gibt, die gemäß ArbSchG sowie der verschiedenen DGUV Vorgaben (u.a. DGUV Regel 102-601 "Branche Schule") vor dem Einführen der jeweiligen Maßnahme zwingend erforderlich sind. Zudem sind die Tests nur zur Anwenden bei erwachsenen Menschen mit Symptome und nur zur Anwendung durch medizinisch geschultem Personal zugelassen. Auf meine Hinweis darauf wimmelte die Schulbehörde ab, vertreten durch den Herrn Gildemeister 040428633123, es sei angeblich alles harmlos, weil es so viele Kindern mitmachen, inklusive seiner Tochter-Erstklässlerin.

Wie inkompetent die Schulbehörde und wie gleichgültig die meisten Eltern in Hamburg sind! Sie übertragen die politischen Probleme auf die zarten Kinderschultern. Besonders schlimm ist die Kombination der staatlichen Corona-Maßnahmen und der Schulgebäude-Präsenzpflicht, was nach den Herbstferien in Hamburg akut geworden ist.

Wie kann man sich davon befreien? Um die staatlichen Corona-Maßnahmen legal zu umgehen und ein gesundes soziales Umfeld für die Kinder schaffen zu können::

1. Distanzunterricht machen. Das geht, wenn die Präsenzpflicht aufgehoben oder ein Distanzunterricht beantragt wird, sowie durch eine ärztliche Bescheinigung empfohlen, von der Schulleitung akzeptiert ist und sich die Eltern begleitend für das Lernen ihres Kindes engagieren. Es reicht schon eine Stunde am Tag aus, damit sich das Kind den mit modernen Lerntechniken den Schulstoff aneignen kann. Die kostenlosen und absolut empfehlenswerten Lernvideos für Eltern gibt es von den Gebrüdern Leppe unter: <https://www.wissenschafttfreiheit.com/kurse/> Damit kann man z. B. spielerisch und zauberhaft leicht das Einmaleins innerhalb von einer Stunde vermitteln.

2. Das Kind krank schreiben lassen und mit ihm zuhause frei lernen. Dass Freilernen und Homeschooling meistens sehr gut funktioniert, beweisen viele Beispiele (Gebrüder Leppe www.wissenschafttfreiheit.com, Lukas Dudek „Lernen in Freiheit“ usw.). Man kann sich für das Organisieren einer

Lerngruppe bei der sächsischen Stiftung Herzkraftwerk <https://herzkraftwerk.de> inspirieren lassen. Um den Eltern die Sorge um die Sozialisierung der freilernenden Kindern zu nehmen, kann ich dieses Video empfehlen: <https://youtu.be/1C9yh23IG9w>

3. Versuche mit der Schulleitung zu einer Vereinbarung zu kommen, dass das Maskenattest (vorausgesetzt das Kind besitzt eins) akzeptiert wird oder eine besonders durchlässige bzw. präparierte-durchlöchernte Maske (was sie zwar atmungsaktiver macht, ihre Sklaven-Funktion aber nicht verringert) getragen wird und die Tests können z. B. als ein Spucktest und am besten zuhause durchgeführt werden. Die meisten kritischen Eltern aus meinem Umkreis entschieden sich für diesen Weg, was aus meiner Sicht ein unangenehmer Kompromiss und keine nachhaltige Lösung ist. Die Kinder kommen tagtäglich mit dem kranken Schulsystem in Kontakt.

4. Das Kind in eine Schule eines benachbarten Bundeslandes anmelden, wo die Maßnahmen gerade erträglicher sind. Zum Beispiel dürfen Kinder die in Hamburg wohnen, eine Schule in Niedersachsen besuchen, vorausgesetzt die Schule hat den freien Platz dafür. Umgekehrt geht das aber nicht, denn die Hamburger Schulen nehmen nur Kinder aus Hamburg auf. Das Wechsel von einer staatlichen Schule in eine private Ersatz-Schule klappt sehr schnell — von einem Tag auf den anderen, — umgekehrt ist es sehr langwierig. Eine private Schule kostet um 200 Euro plus 30-50 Euro für Lernmaterialien und hat eine meistens halbjährige Kündigungsfrist. Deshalb sollte die Entscheidung die Schule zu wechseln gut überlegt sein.

5. Auswandern. Dies kommt sehr wahrscheinlich für die Mehrheit der Eltern nicht in Frage.

6. Das Kind in Deutschland abmelden und im Ausland anmelden, wo keine Schulgebäude-Präsenzpflicht gilt (dabei hat man theoretisch zur Auswahl mehr als 190 Länder), und trotzdem in Deutschland bleiben. Wie das genau geht, wenn man zum Beispiel, das Kind in Österreich anmeldet und dorthin nur zum Ablegen der Prüfungen hinfährt, ansonsten aber in Deutschland freilern, weiß ich nicht. Ich glaube, man verliert den Anspruch auf Kindergeld.

7. Eine eigene Schule nach dem russischen Bildungsrecht gründen. Dave Brych berichtete bereits von einer solchen Schule im Kreis Rosenheim (https://t.me/davebrych_public/13272), die von den Leitmedien irreführenderweise als eine angeblich illegale Schule bezeichnet wurde. Sie ist legal, genauso wie die deutsche Schule in Moskau, die einer Stiftung der Bundesregierung gehört. Getragen wird diese Schule <https://www.odgb-bayern.org/> von der Stiftung „Freiheit braucht Mut“, auf dem Schulgelände gilt das Bildungsrecht der Russischen Föderation. Deswegen sind alle Kinder an der Schule von der Maskenpflicht befreit und keiner muss sich testen. Zum Öffnen einer Schule unter dieser Trägerschaft wäre es sinnvoll eine Immobilie von einem mutigen und gleichgesinnten Vermieter zu finden sowie sich gut mit dem Kommerz-recht auszukennen. Leider steht diese Stiftung unter der Beobachtung von Verfassungsschutzbehörden, was heute in Deutschland immer der Fall ist, wenn Menschen ihre bürgerlichen Freiheiten zurück gewinnen wollen.

7. Eine private Ersatz-Schule nach dem deutschen Bildungsrecht zu finden oder zu gründen, wo die Schulleitung die Augen zudrückt, wenn die Maske mal für längere Zeit abrutscht und die Spucktests akzeptiert werden. Das funktioniert natürlich nur, wenn alle Eltern an einem Strang für ihre Kinder ziehen und kein eifriger Zuträger dazwischen kommt. Es hilft auf jeden Fall sich mit den gleichgesinnten Eltern vor Ort zu vernetzen, um sich gegenseitig zu stärken und gemeinsam die besten kreativen Lösungen auszuarbeiten.

Vielleicht fällt Euch eine weiterer Lösungsansatz ein? Ich würde mich sehr über Leserbriefe, Kommentare, Ideen und Fragen freuen. Schreibt mich gerne über das Impressum an, mit dem Vermerk „Schule“ oder „an Safta“!

Ich glaube, die staatlichen Corona-Maßnahmen werden hoffentlich bald aufgehoben, denn die Anzahl der kritischen Eltern kann nur wachsen. Die meisten Lehrer sind schon gepikst, alle vulnerablen Gruppen sind schon geschützt, die Schüler nehmen am Infektionsgeschehen kaum teil, desto mehr sollten die Eltern sich wundern, warum in den Schulen weiterhin die staatlichen Corona-Maßnahmen durchgesetzt werden. Irgendwann wird die Stimmung kippen und die Eltern werden mehrheitlich das Aufheben der sinnlosen Maßnahmen fordern. Damit wird zwar ein Symptom für die Entzündung des Schulsystems verschwinden, aber dies wird das deutsche Schulsystem allein nicht heilen können.

Dieses kranke Schulsystem kann und möchte ich nicht heilen. Vielmehr spricht mich die Idee an, daraus auszusteigen und eine eigene gesunde Struktur aufzubauen. Eine Schule, wo die Menschen, auch wenn sie noch klein sind, ihnen zu einer selbständigen Persönlichkeiten verholfen wird und sich frei entfalten können.

Saf Ta



Grüezi

"Kürzlich machte die Polizei bekannt, was im letzten Jahr die Radarkontrollen ergeben haben:

KURZ UND BÜNDIG

Onlineshops

Programmierte Besucherzahlen
Internetthändler versprechen sich mehr Verkäufe, wenn sie bei einem Produkt jeweils angeben, wie viele Kunden es sich gerade ansehen. Doch auf diese Angaben ist nicht immer Verlass. Das zeigt ein Fall von Intershop: Ein Interessent suchte im Onlineshop nach Tischtennisrackets und las dabei die Angabe: «24 Besucher sehen sich das gerade an». Diese Zahl erschien ihm ziemlich hoch. Deshalb beschloss er, die Seite mit dem «Seiteninspector» zu analysieren, einem Programm, das Aufschluss über den Aufbau der Internetseite gibt. Resultat: Bei Intershop sorgt ein Zufallsgenerator für die Anzeige der Besucherzahl. (1/17)

Surftee

Günstiger Tagestarif eingestellt
Surftee lancierte 2020 mit «Vollte Reggae» ein digitales Handy-Abo. Kunden konnten in der App wählen, ob sie für einen Tag oder einen Monat unbegrenzt telefonieren und im Internet surfen wollen. Ein Tag kostete Fr. 1.50, ein Monat Fr. 20.-. Den Tagestarif hat Surftee nun ohne Vorankündigung gestrichen. Kunden müssen nun mindestens für einen Monat bezahlen. Das kostet allein fürs Surfen Fr. 10.-, für Telefonieren und Surfen Fr. 20.-. Tipp: Wer das Handy nur selten nutzt, braucht kein Abo. Eine Prepaid-Lösung mit einem vorausbezahlten Guthaben ist am günstigsten. Bei Surftee kostet der Tagestarif «Prepaid unlimited» Fr. 2.50. (1/17)

WhatsApp

Kein Verlass auf Löschoption
WhatsApp präsentierte eine neue Funktion an: Wer ein Bild oder ein Video verschickt, kann durch einen einzigen Klick auf ein Symbol im Versandfeld einstellen, dass der Empfänger die Meldung nur ein einziges Mal anschauen kann. Laut WhatsApp können die Bilder, die sich nach einmaligem Öffnen selbst löschen, auf dem Gerät des Empfängers nicht gespeichert werden. Doch darauf ist kein Verlass. Denn der Empfänger kann vom geöffneten Bild problemlos ein Screenshot machen und speichern, ohne dass der Absender dies erfährt. Selbstlöschende Bilder können deshalb weiterhin auf fremden Geräten landen. Gut zu wissen: Bei anderen Apps mit ähnlichen Funktionen wie Snapchat wird der Absender immerhin informiert, wenn der Empfänger das Bild mit einem Screenshot speichert. (1/17)

Handy-Antennen

Messberichte zeigen: Teils

Viele Mobilfunkantennen überschreiten die zulässigen Strahlungswerte, wenn sie ans Netz gehen. Teleconferenzen mussten seit 2018 bei über 250 Antennen die Strahlung reduzieren. Dies zeigen Messdaten aus 16 Kantonen, die der K-Tipp ausgewertet hat.

W stark bestanden die aufgeschlossenen 4G- und 5G-Handyantennen von Swisscom, Salt und Sunrise UPC die Umgebung tatsächlich! Um dies herauszufinden, liess die Kantone bei jeder neuen Antenne entsprechende Messungen durchführen. Der K-Tipp wertete die kantonalen Messberichte der Jahre 2018 bis 2021 aus, die zugänglich waren. Die Kantone Luzern, beide Basel, Gené, Tessin und Waadt gewählten den K-Tipp keine Einsicht. In St. Gallen und Glarus sind die einzelnen Gemeinden dafür zuständig. Ergebnis der Auswertung: Sehr viele Antennen strahlen zu stark und verletzen geltende Grenzwerte. Der Strahlungswert in Büros, Schulen und Wohnhäusern liegt bei 5 Volt pro Meter. Total überschreiten bei den Messungen 256 von rund 1300 Antennen den Strahlungsgrenzwert – das sind fast 20 Prozent oder jede fünfte gemessene Antenne. Laut den Berichten stellten die Messfirmen immer wieder Werte bis 11 Volt pro Meter fest. Welche Auswirkungen die Strahlung von Handyantennen auf die Gesundheit hat, ist umstritten. Fest steht: Die Strahlung erwärmt das Körpergewebe

und verändert die Hirnströme. Und beides wird unter anderem laut der internationalen Krebsforschungsagentur IARC in Lyon (F) mit der Entwicklung von Krebs in Zusammenhang gebracht.

Negativrekord für Antenne in Saas-Fee

Am meisten Grenzwertverstöße der grösseren Kantone gab es in den letzten drei Jahren prozentual im Wallis: 26 von 96 neuen Antennen strahlten dort zu stark – das sind 27 Prozent. Überdurchschnittlich viele Überschreitungen gab es auch in den Kantonen Bern, Freiburg und Zug. 2018 strahlte im Kanton Bern mehr als jede zweite neue Antenne zu stark: 19 von 34 Antennen. Auffällig: Je öfter Kantone die Handystrahlung messen lassen, umso mehr Grenzwertverstöße stellen sie fest – etwa im Kanton Wallis. Bei einer Antenne in Saas-Fee VS massen Kontrollleute 23,79 Volt pro Meter. Das ist fast das Fünffache des zulässigen Werts. Wenn eine neue Handyantenne zu stark strahlt, muss der Betreiber die Strahlung innerhalb 24 Stunden reduzieren. Einzelne Kantone räumen den Tele-



5G-Antenne in Chêne-Boulogne

: Jede fünfte strahlt zu stark

Übersteigt die Antennenstrahlung den erlaubten Wert um ein Vielfaches



K-Tipp Nr. 17 20. Oktober 2021

5G Frei

Dipl.-Ing. Andreas Gross, Webmaster & Präsident
Althusweg 12, 6315 Morgarten/Kanton Zug, Schweiz
Website: <https://Ägerital.5Gfrei.ch/>

comkonzernen jedoch eine ganze Woche ein – bis sie die geltenden Grenzwerte einhalten müssen.

Messungen nicht in allen Kantonen publik

Rebecca Meier vom «Verein Schutz vor Strahlung» hält die vielen Überschreitungen für «erschreckend». «Das zeigt, dass die Mobilfunkfirmen nicht nur an die Grenze gehen – sondern auch darüber hinaus.» Sie kritisiert, dass sich die Behörden oft weigern, die Berichte den Anwohnern herauszugeben. Selbst die Behörden sind irritiert: Ulrich Nyffeler, Vizepräsident des Berner Amtes für Umwelt und Energie, zeigt sich «sehr überrascht» von den vielen Missachtungen des Grenzwertes. Er behauptet aber für die Behörden kein Handlungsbedarf, weil die Antennentreiber die zu starke Strahlung rasch reduzieren würden.

Für die Teleconferenzen sind die Grenzwertüberschreitungen kein Problem. Sunrise UPC schreibt dem K-Tipp: «Abnahmemessungen gehören zur normalen Überprüfung einer Anlage.» Die Prognose der Strahlung vor der Installation einer Antenne könne «nicht allen Feinheiten Rechnung tragen». So argumentiert auch Salt. Swisscom gibt zu, dass Betreiber am Limit gehen: «Zur bestmöglichen Vermeidung eines Gebiets müssen wir die verfügbare Leistung einer Antenne voll nutzen.» Aufgrund einer aktuellen Studie fordert der «Verein Schutz vor Strahlung» eine Senkung des Grenzwerts. US-Forscher fanden heraus, dass bei Ratten schon viel tieferer Handyschutz als angenommen zu Vorläufererscheinungen von Krebs führt. Ihre Schlussfolgerung: Vor allem Kleinkinder sind mit den geltenden Grenzwerten zu wenig geschützt. Christian Gurner

Anwohner haben Einspracherecht

5G-Antennen bündeln die Strahlung wie Scheinwerfer dorthin, wo sich Mobilgeräte befinden. Die Teleconferenzen drücken beim Bund eine neue Regelung durch: 5G-Antennen müssen den Grenzwert nicht mehr ständig einhalten, sondern nur im Durchschnitt über sechs Minuten. Die kantonalen Umweltämter verlangen eine Baubewilligung, gestützt auf ein Gutachten für neue oder umgestaltete Antennen. Vorfall für Anwohner: Sie können sich mit einer Einsprache gegen neue Antennen wehren (K-Tipp 02/2021). Aktuell sind landesweit laut Strahlenschutzorganisationen rund 3000 Einsprachen gegen 5G-Antennen pendend.

11

10

- * 20% aller Autofahrer mussten wegen Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit gebüsst werden
- * Viele fuhren doppelt so schnell wie erlaubt.
- * Einer überschritt die Höchstgeschwindigkeit um das 5-fache!

Die Polizei zeigte sich jedoch jovial. Strafen und Bussgelder wurden nicht erhoben, nur Mahnungen ausgesprochen: die Fahrer wurden aufgefordert, binnen 1 Woche - besser binnen 24 Stunden - sich an die Höchstgeschwindigkeit zu halten." In welcher Bananenrepublik soll das gewesen sein? Kenia, Kambodscha, Guatemala ...?

Nein: Tatsächlich in der Schweiz im Jahr 2021. Nur handelte es sich nicht um den Kfz-Verkehr, sondern um die Mobilfunk-Antennen.

Schweizweite Messungen der Funkstrahlung enthüllten:

- * 20% aller Antennen überschreiten die Strahlungshöchstgrenzen.

- * Manche strahlten doppelt so viel wie erlaubt: 10 V/m statt 5 V/m

- * Einer überschritt die Grenzwerte um fast das 5-fache

Woher wissen wir das, denn uns Bürgern verraten die Behörden nicht die Messprotokolle: Das verrät der aktuelle K-Tipp-Artikel in der Anlage als PDF-Datei. Bitte weiterleiten:

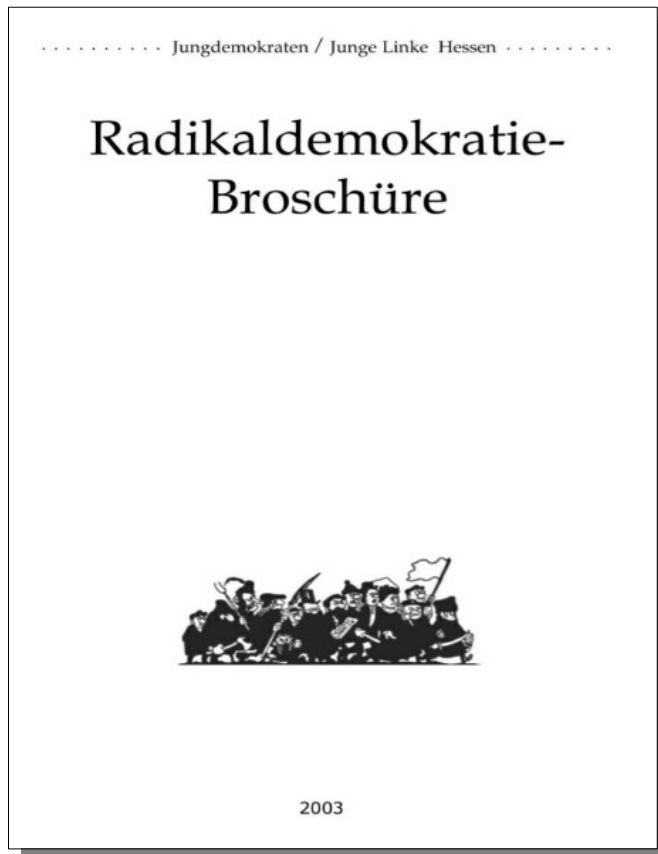
- * Das ist der Aufreger des Monats.*

Das bewegt sogar Deinen Nachbarn, der sich mit den Schweizerischen Mobilfunkgrenzwerten sicher fühlt. Freundliche Grüsse



“Unsere Gesellschaft wird von Verrückten geführt, für verrückte Ziele. Ich glaube wir werden von Wahnsinnigen gelenkt, zu einem wahnsinnigen Ende, und ich glaube ich werde als Wahnsinniger eingesperrt, weil ich das sage. Das ist das Wahnsinnige daran.”

John Lennon



Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?

Jungdemokraten / Junge Linke Hessen

Schloßstraße 46

60486 Frankfurt am Main

info@jungdemokratenhessen.de

www.jungdemokratenhessen.de

Redaktion: Markus Büchting, Gesa Heinbach, Stefanie Janczyk, Carmen Ludwig, Oliver Schulz

Satz: Gesa Heinbach

November 2003

Die Redaktion dieser Zeitschrift versucht auch weiterhin mit allen radikaldemokratischen Autoren der damaligen Broschüre Kontakt aufzunehmen, um uns mit ihnen über ihre radikaldemokratischen Positionen zu verständigen.

Gleichzeitig möchten wir uns mit den Texten der

Broschüre auseinandersetzen und laden natürlich auch unsere Leser dazu ein, sich mit Beiträgen an der Debatte über die Positionen die in dieser Broschüre vertreten werden, zu beteiligen. Um die Debatte beginnen und dann systematisch fortsetzen zu können, werden wir den Inhalt der Broschüre immer abschnittsweise veröffentlichen.

(Fortsetzung aus Nr. 41/21)

5. Praxisfelder

In diesem Kapitel befindet sich eine exemplarische Sammlung von Praxisfeldern radikaldemokratischer Politik:

Im ersten Text zu „Nur eine radikaldemokratische Presse ist eine freie Presse“ geht es um Abhängigkeit und Freiheit der Presse in der kapitalistischen Gesellschaft. Welche Funktion übernimmt die Presse in der kapitalistischen Gesellschaft und welchen Interessen ist sie unterworfen? Welche Probleme in Bezug auf die Pressefreiheit resultieren daraus? Ist die kapitalistische Pressestruktur in der Lage, zu einer demokratischen Öffentlichkeit beizutragen? Florian untersucht den geschichtlichen Entstehungsprozess der Pressefreiheit und nimmt eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Probleme vor. Dabei bleibt er jedoch nicht stehen, sondern stellt den gegenwärtigen Verhältnissen das Konzept einer radikaldemokratischen Presse, die - wie im Titel bereits deutlich wird - erst die Voraussetzung für eine tatsächlich freie Presse bietet, entgegen.

Mit „Einige Bemerkungen zum Thema Frauenstatut“, einer Vorlage für den Landesvorstand Hessen von 1999, wird sich einem anderen Bereich gewidmet - der Quotierung und dem „Großen I“. Die Frage, ob diese beiden Maßnahmen geeignete Mittel zur Förderung von Frauen im Verband darstellen, hat wiederholt zu Diskussionen geführt. Im Text werden die verschiedenen im Verband vorhandenen Konzepte kritisch beleuchtet und gegeneinander abgewogen. Der innerverbandlichen Geschlechtersituation Ende der 90er Jahre widmet sich auch der nachfolgende Text „Zur Situation der Frauen in den Judos“, dessen Thesen vielleicht zu einer neuen Diskussion im Verband anregen können.

In „Pornographie und Feminismus“ wird die Kampfansage gegen Pornographie, die als schlechthin feministisch gilt, von Maren und Barbara einer gleichfalls feministischen Kritik unterzogen. Der dann folgende Text befasst sich mit sozialer Grundsicherung. Das radikaldemokratische Konzept der sozialen Grundsicherung führt zu einem Gewinn an individueller Selbstbestimmung, dämmt den Zwang die Arbeitskraft auf dem Markt um jeden Preis verkaufen zu müssen und bietet Schutz vor sozialer Ausgrenzung.

Ein weiteres Praxisfeld wird mit dem Text von Anuscheh und Markus zu „Eckpunkte einer Friedensposition“ beleuchtet, nämlich die Frage wie sich Jungdemokraten/Junge Linke in der Frage Krieg und Frieden positionieren sollten. Im Text wird eine konsequente friedenspolitische Haltung und Verortung von JD/JL befürwortet.

Im folgenden Text benutzt Florian ein Asylrechts-Beispiel. Für alle, die nicht mit dem von Florian angeführten Beispiel vertraut sind, einige kurze Anmerkungen zur Erläuterung: Am 26. Mai 1993 beschloss der Deutsche Bundestag mit den

Stimmen der damals regierenden CDU/CSU und FDP sowie der SPD die Änderung des Artikel 16 Grundgesetz (GG), dem Asylrechtsartikel. Die neu eingeführte Drittstaatenregelung, der Tatbestand der Einreise aus einem „sicheren Herkunftsland“ sowie das ebenfalls neue Flughafenverfahren mit seiner inhumanen Internierungs- und Abschiebepaxis sollten den Erhalt von Asyl in Deutschland nahezu unmöglich machen. Der sogenannte Asylrechtskompromiss, der diese GG-Änderung ermöglichte, wurde vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Klimas getroffen, das von Fremdenfeindlichkeit und rassistischer Hetze geprägt war. Die Grundgesetzänderung wurde von einem überwiegenden Teil der Parteipolitiker auch als Konzession an „berechtigte Ängste“ in der Bevölkerung verkauft. Ängste, die zuvor durch rassistische Hetze ebendieser Politiker hervorgerufen wurden. Dadurch wurde ein politisches Klima geschaffen, indem rassistische Gewalt legitim erschien. In den Jahren 1991 und 1992 waren Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte eine gesellschaftliche Normalität und nur progromähnliche Ausschreitungen wie die Tage vor dem 22.8.1992 in Rostock-Lichtenhagen eine Seite 1-Meldung. Die Medien hatten nicht unwesentlich Anteil an der Schaffung dieses rassistischen Klimas.

Noch ein Hinweis auf die kursiv gesetzte Textstelle: Der Text von Florian ist im Rahmen eines innerverbandlichen Konflikts mit der sogenannten „Nordströmung“ des Verbandes, zu der sich vor allem Landesverbänden aus Norddeutschland zurechneten, entstanden. Die Hitzigkeit der damaligen Debatte wird in der kursiven Textstelle, die nicht frei von Polemik ist, deutlich. Die Textstelle kann jedoch bei Verständnisschwierigkeiten einfach übersprungen werden.

5.1. Nur eine radikaldemokratische Presse ist eine freie Presse!

von Florian Rödl

Zum Widerspruch von kapitalistischer Pressestruktur und radikaldemokratischer Öffentlichkeit

Bei der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993 spielten sie eine Schlüsselrolle, die Massenmedien, vor allem politische Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehen. Alle titelten sie mit den beängstigenden Metaphern wie „Asylantenschwemme“ oder „-flut“, verbreiteten die Lügengeschichten der Politiker über die steigenden Zahlen unberechtigter Asylbewerber und steuerten eigene Einzelreportagen über „Wirtschaftsasyllanten“ oder über den „sozialen Brennpunkt Sammelunterkunft“ bei. Ohne diese bereitwillige Unterstützung der politischen Kampagne durch die politischen Massenmedien wäre die Abschaffung des Asylrechts sicherlich schwerer gefallen. Und auch gegenwärtig beteiligen sich die Medien an der Inszenierung einer Moralpanik nach der anderen, nach- und nebeneinander kriminelle Ausländer, Jugendliche, Pädophile, Sozialbetrüger etc.

Ob das wohl diejenige demokratische Öffentlichkeit ist, von deren Bedeutung für die Demokratie häufig die Rede ist? Identifiziert man fälschlich und ganz unberechtigt die hiesigen Verhältnisse als demokratisch, so kommt man

vielleicht zur These, dass die Massenmedien gerade durch die Innere-Sicherheits-Panik gehörig zur Stabilisierung der Verhältnisse beitragen und insofern für selbige sehr bedeutend sind. Das ist an sich zwar richtig, aber so ist der positive Bezug von radikaldemokratischer Seite auf die demokratische Öffentlichkeit nicht gemeint, insofern führt ein solches Diktum in die Irre und ist darum beiseite zu lassen.

Zwei Öffentlichkeitskonzepte könnte man unterscheiden, ein bürgerliches und ein materialistisches. Das erste fordert als zentrale Eigenschaft der Öffentlichkeit in der Demokratie, dass sie pluralistisch ist. Damit ist gemeint, dass alle möglichen Meinungen und Ansichten zu welcher Frage auch immer sowohl von jedem veröffentlicht, als auch von jedem rezipiert werden können. Diese Vorstellung geht historisch auf den Zustand der bürgerlichen Demokratie zurück, als das politische Recht, Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen, den Eigentümern vorbehalten bleiben sollte; als Demokratie nicht verdeckt, sondern öffentlich ein Modell der Herrschaft der besitzenden Klasse sein sollte. Da die Teilnehmer am politischen Prozess - dem bürgerlichen Modell nach - als Eigentümer eine homogene Gruppe bildeten, stellte man sich die Gesetzgebung als ein Ergebnis eines Prozesses rationaler Kommunikation vor, in dem sich die für alle gleichermaßen fairen Bedingungen des Wirtschaftens durchsetzen würden. Und rationale Kommunikation schließt eben ein, dass alle Argumente zur Sprache kommen, gehört und abgewogen werden; pluralistische Öffentlichkeit ist damit ihr notwendiger Bestandteil. Historisch verwirklicht wurde dieses Modell übrigens nur zeitlich und national beschränkt, nämlich einige Jahrzehnte in England ab 1832.

Ein kleiner Exkurs: Es ist ein schwer zu tragendes Kreuz, dass vieles, was heute in Norddeutschland an Demokratie- und allgemeiner Rechtskritik daherkommt, sich an dieser frühen Vorstellung von Demokratie und Öffentlichkeit abarbeitet. Den Klassencharakter eines Modells herauszuzugheimmnissen, den es selbst gar nicht zu verbergen trachtet, ist noch nicht einmal eine philologische Leistung. Bemerkt sei andererseits, dass es sich hierbei um des konservativen Revolutionärs, Carl Schmitts, Methode handelt, als er sein einflussreiches Pamphlet gegen den Weimarer Parlamentarismus und für die autoritäre Diktatur schrieb; der wusste aber wenigstens, was er tat.

Demgegenüber sieht ein - der widersprüchlichen Situation von sozialer Demokratie im Kapitalismus angemessenes - materialistisches Modell, Öffentlichkeit als umkämpftes Terrain der von unversöhnlichen Interessengegensätzen gekennzeichneten Gesellschaft an, und zwar nicht nur oberflächlich inhaltlich (bspw.: „Wie viele Zeitungen verlangen heute im Leitartikel mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen?“). Wichtiger sind noch die Strukturen dieser Öffentlichkeit, in dem Sinne, wer überhaupt in der Lage ist, einflussreich an der Bildung öffentlicher Meinung teilzunehmen, wie dieser Einfluss abgesichert ist u.ä. Die Anforderung einer materialistischen Position an die demokratische Öffentlichkeit ist, dass sie immer mehr von den Interessen Unterprivilegierter zu artikulieren und zu rezipieren habe - als ein Beitrag im Kampf um die transzendierende Demokratisierung der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Beide Modelle, das bürgerliche und das materialistische, sollen die Kritikfolie bilden, auf der im folgenden die Presselandschaft in der Bundesrepublik beschrieben wird,

wobei sich auf den strukturellen Aspekt konzentriert wird, wer die Macht hat, seine Politik in einem Presseorgan zu publizieren.

Die Geschichte der Presselandschaft der Bundesrepublik beginnt mit der sog. Lizenzpresse. Die bis 1945 erschienenen Presseerzeugnisse durften nicht weiter erscheinen, ihre Verleger, die sog. Altverleger, durften nicht mehr selbst als solche in Erscheinung treten (wobei diese Restriktion mithilfe von Stroh Männern unterlaufen werden konnte). Lizenzen zur Herausgabe von Tageszeitungen etc. wurden vor allem in der amerikanischen Besatzungszone - bereits unter dem Einfluss des Kalten Krieges - an Garanten von wirtschaftsliberalen und antisozialistischen Strömungen vergeben. Die in der Weimarer Republik einflussreiche und für die Arbeiterbewegung wichtige Presse der linken Parteien und Gewerkschaften, die die Nationalsozialisten zerschlagen hatten, wurde nur sehr eingeschränkt wieder aufgebaut. Nebenbei bemerkte trugen beide Faktoren viel dazu bei, die restaurativen Ambitionen des CDU-Staates zu bestärken, d.h. diejenigen Bestrebungen, die sozioökonomischen Verhältnisse von vor 1933 wiederherzustellen. Die Wiedenzulassung der Altverleger, deren Grundorientierung wenigstens konservativ gewesen sein dürfte, zum September 1949, führte zu einem Zeitungsgründerboom, die Zahl der Zeitungen verachtachte sich. Unmittelbar schließt sich aber ein umfassender Prozess der Konzentration von Presseunternehmen an: Zeitungen werden verkauft, gehen ein oder fusionieren miteinander. Schon Ende der 60er Jahre beherrschen vier Zeitungen ein Drittel des gesamten Zeitungsmarktes. Auf lokaler und regionaler Ebene nahmen Monopolsituationen zu, schon Anfang der 70er handelte es sich bei einem Drittel aller Lokal- oder Regionalzeitungen um Monopole. Vornehmlich in solchen Regionen, aber auch überregional, war es schon bald undenkbar, eine Tageszeitung neu zu gründen und erfolgreich im Meinungsspektrum zu platzieren. Von pluralistischer Öffentlichkeit im Sinne des oben skizzierten bürgerlichen Idealmodells konnte also keine Rede mehr sein.

Heute sind fast alle großen Tages- und Wochenzeitungen das Produkt eines Verlagsunternehmens, und zwar ein Produkt unter vielen. Da es sich in der Regel um Aktiengesellschaften handelt, sind ihre Eigentümer Aktionäre. Die Aktionäre wählen den Aufsichtsrat, der wählt den Vorstand, der seinerseits die zentralen Kompetenzen - wie die Bestimmung der politischen Linie der Zeitung und die Auswahl der Mitarbeiter - entweder selbst ausübt oder sorgfältig ausgewählten Personen (bspw. dem Chefredakteur) überträgt. Nimmt man hinzu, dass die Entscheidungsgewalt über die Zeitung zwar an Eigentümerbefugnisse gekoppelt ist, von der Zeitung aber keine Renditen erwartet werden (dazu gleich näher), dann kann man die Presselandschaft der Bundesrepublik strukturell mit Fug und Recht als Propagandainstitution der Eigentümer bezeichnen. Insofern kann auch vom materialistischen Standpunkt wenig Zufriedenheit mit der Struktur dieser Öffentlichkeit herrschen. Zwischen 1955 und 1957 versuchten verschiedene Kräfte - von bürgerlich bis sozialistisch - in diese Situation zu intervenieren. Sie setzten an der Ausgestaltung des Art. 5 GG [Grundgesetz, d.R.] an, der lautet: „Die Pressefreiheit wird gewährleistet“. Historischer Anknüpfungspunkt war ihnen der Parlamentarische Rat als Autor dieser Vorschrift. In den Beratungen des Rates kommt zum Ausdruck, dass „Pressefreiheit“ nicht nur die Freiheit vor staatlichen Eingriffen garantieren, sondern auch eine Pressestruktur

verbürgen sollte, die nicht von Monopolen dominiert ist. Pressefreiheit sollte also eine erneute inhaltliche Verstaatlichung wie im Dritten Reich und eine ökonomische Pressekonzentration à la Hugenberg verhindern. Um gemäß diesem grundgesetzlichen Auftrag auf den gesellschaftlichen Prozess der Pressekonzentration zu reagieren, wurden nun ab Mitte der 50er Jahre im Groben zwei Strategien verfolgt, die darin übereinstimmten, dass sie beide davon ausgingen, Pressefreiheit sei durch gesetzgeberische Maßnahmen erst wieder herzustellen.

Bevor sie erläutert werden, sei geschildert, welcher Position sie mit diesem Plan gegenübertraten. In einem Gutachten für den Springer-Verlag hatte Ernst Forsthoff jede staatliche Intervention in die Struktur der Presse verfassungsrechtlich ausgeschlossen. Der Autor ist bemerkenswert, da Forsthoff zur Gruppe um den schon erwähnten Carl Schmitt gehörte und mit seiner Schrift „Der totale Staat“ 1933 als intellektueller Protagonist konservativer Revolution hervorgetreten war. In seinem Gutachten 1959 begründete er, dass die Pressefreiheit ein spezielles Grundrecht des Eigentümers sei, das seinen allgemeinen Schutz aus Art. 14 GG ersetze. Pressefreiheit zu gewährleisten, bedeute daher, den Eigentümer in seinem wirtschaftlichen Wirken im Bereich des Pressewesens noch mehr zu schützen als in anderen Bereichen. Auf diese Weise sollten also die monopolistischen Strukturen nicht nur in der öffentlichen Sphäre akzeptiert, sondern sogar verfassungsrechtlich gegen bestimmte gesetzliche Veränderungen abgeschirmt werden.

Die erste, die bürgerliche Gegenstrategie, setzte und setzt bis heute auf das Wettbewerbs- und Kartellrecht. Die ökonomischen Konzentrationsprozesse werden dabei gerade nicht gelehnet, sondern bilden die Gefahr für das Gebot pluralistischer Öffentlichkeit. Darum muss der Konzentrationsprozess gestoppt werden und durch staatliche Aufsicht, d.h. durch wettbewerbs- und kartellrechtliche Maßnahmen, sichergestellt werden, dass ein bestimmtes Konzentrationsniveau zukünftig nicht überschritten wird. Das politische Gebot einer pluralistischen Öffentlichkeit wird auf diese Weise auf ein Modell eines funktionierenden Marktes abgebildet: Wenn den Nachfragemassen von Zeitungslesern eine Vielzahl von Zeitungsangeboten gegenüberstehe, dann folge dieser ökonomischen Pluralität (von Zeitungen) notwendig die politisch-inhaltliche Pluralität (von Zeitungsausrichtungen). Denn da die Verlage ökonomische Betriebe seien, die Gewinn abwerfen müssen, werde jeder für sich Marktlücken suchen, und das bedeutet hier politische Spektren erschließen und bedienen. Zur Herstellung von Pressefreiheit hat sich also die Politik um einen funktionsfähigen Zeitungsmarkt zu bemühen, der den inhaltlichen Pluralismus verbürgen soll.

Dagegen lässt sich einiges, auch auf der eigenen Basis des bürgerlichen Öffentlichkeitsbegriffs, einwenden. Zeitungen verkaufen nicht nur die Tagesausgaben an ihre Leser, vor allem verkaufen sie Anzeigen. Natürlich richten sich die Anzeigenkunden nach dem Klientel der Leserschaft, so dass - etwas schematisch - der attraktive Anzeigenkunde „Automobilhersteller“ eher in den Zeitungen wirbt, die die freie Fahrt für freie Bürger propagieren, weil deren Leser das wahrscheinlich ähnlich sehen und sich öfter mal gerne eine schwere Karosse kaufen. Zudem kann der Anzeigenkunde durch sein Inserat seine politische Verbundenheit mit der Zeitung ausdrücken, was er sich vielleicht noch etwas extra kosten lassen wird und erntet auf diese Weise

Lesersympathien, die sich in Konsum auszahlen. Oder, die Umkehrprobe auf einer kurzen Formel: hat Daimler Benz schon einmal in konkret geworben? Des weiteren vernachlässigt dieses Modell, dass auch auf der Leserseite ökonomische Ressourcen ins Gewicht fallen, d.h. die Marktnachfrager sind ökonomisch nicht gleich stark. So kann man davon ausgehen, dass von 100 leitenden Angestellten, die die FAZ politisch goldrichtig finden, ungefähr 100 die FAZ abonnieren, während von 100 Arbeitslosen sich trotz Sympathien für die taz lediglich 20 ein Abo leisten wollen. Am schwersten fällt jedoch ins Gewicht, dass die Verknüpfung von ökonomischem und politischem Pluralismus nach dem bürgerlichen Modell, mit der Funktion von Zeitungen, Gewinn zu erwirtschaften, steht und fällt. Doch heute ist bei keinem der großen Verleger die Tageszeitung noch dazu bestimmt, einen Gewinn abzuwerfen. Bekanntermaßen sind sie alle (auch hier bildet von den großen die taz die Ausnahme), allen voran die Welt, FAZ und Tagesspiegel, riesige Millionenverlustschlünde. Es wird vom Unternehmen Geld hineingepumpt, damit eine bestimmte Politik hegemonial gemacht werden kann. Der Ertrag des Unternehmens zahlt sich dann an anderer Stelle und mittelbar aus, bspw. indem die Regierung Kohl wieder gewählt wird, weil es den Wirtschaftsteilen der Tageszeitungen zufolge doch wieder aufwärts geht.

Die zweite Gegenstrategie setzt auf Demokratisierung. Einmal wurde vorgeschlagen, die monopolistischen Strukturen nicht aufzulösen, sondern in öffentlich-rechtliche Körperschaften umzuwandeln und nach dem Modell des Rundfunks zu gestalten. Interessanter war aber das Konzept, das unter dem Schlagwort „Innere Pressefreiheit“ zusammengefasst wurde. Innere Pressefreiheit bezeichnete dabei nicht mehr und nicht weniger als das Programm, die Unabhängigkeit der Redakteure von den Eigentümerinteressen herzustellen. Die Redaktionen sollten über alle wesentlichen Fragen, die Grundausrichtung der Zeitung, die Reaktion auf tagespolitische Ereignisse, über die Neueinstellungen und ggf. den Chefredakteur selbst entscheiden. Sie sollten ebenso wie die Parteien über ihre Finanzierungs-, darunter v.a. Spendenquellen, Transparenz herstellen, so dass öffentlich nachvollziehbar sein sollte, wessen Interessen mitbedient werden, welchen Geldgebern die Redaktion verpflichtet ist. Presseerzeugnisse, denen sich aufgrund ihrer Ausrichtung potente Geldquellen nicht erschließen, sollten staatlich subventioniert werden oder einmalig mit einem Stiftungskapital ausgestattet werden, das die laufenden Ausgaben deckt, so dass keine Gewinne erwirtschaftet werden müssen.

Es haben sich die Kräfte durchgesetzt, die den Einfluss des Gesetzgebers in die Presselandschaft so gering wie möglich halten wollten, wenn auch einige wettbewerbsrechtliche Restriktionen eingeführt wurden. Nach der juristisch damals und bis heute herrschenden Ansicht - und das ist diejenige, die im Konfliktfall durchgesetzt und damit sozial mächtig wird - obliegt dem Verleger (d.h. dem von den Eigentümer-Aktionären betrauten Vorstand) als Arbeitgeber allein, die Angestellten des Presseunternehmens einzustellen und die politische Grundorientierung seiner Zeitung zu bestimmen. Das geht sogar so weit - und hier handelt es sich um ein Erbe Forsthoffs - dass allgemeine Unternehmensmitbestimmung, mit der das Direktionsrecht des Arbeitgebers begrenzt wird und das in allen Betrieben vorgesehen ist, für Presseunternehmen nur eingeschränkt gilt. Indem in

Presseunternehmen der Arbeitgeber allein bspw. über Einstellungen und Entlassungen entscheidet, werden sie den Kirchen gleichgestellt, und der Gesetzgeber soll sogar verfassungsrechtlich gehindert sein, diese Ordnung gesetzlich abzuändern. Das Modell der Inneren Pressefreiheit hätte einmal die bürgerlichen Anforderungen nach pluralistischer Öffentlichkeit in der sozialen Demokratie eingelöst. Es hätte aber auch eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Sinne der skizzierten materialistischen Öffentlichkeitsbegriffs bewirkt, denn auf diese Weise wäre rechtlich abgesichert worden, dass nicht nur Eigentümer die zentralen Einflussmöglichkeiten auf die politische Richtung einer Tageszeitung hätten.

5.2. Einige Bemerkungen zum Thema Frauenstatut

Vorbemerkungen

Seit den 80ern hat sich Diskriminierung zugunsten von Frauen in linken Organisationen durchgesetzt (z.B. durch Quotierung der Vorstände). Maßnahmen solcher positiver Diskriminierung werden meist in Frauenstatuten geregelt. Gesellschaftspolitisch setzen sich die Jungdemokraten schon lange für Quotierung von Führungspositionen ein. Im eigenen Verband streiten sich Jungdemokraten mit guten Gründen heute ob Quotierung ein für einen kleinen Jugendverband adäquates Mittel ist. Der Landesverband Hessen hat dabei seit vielen Jahren gegen ein solches Frauenstatut auf Bundesebene argumentiert. Das hier dokumentierte Papier entstand, um auf einer Landesvorstandssitzung in Hessen eine Vermittlung zwischen den Pro-Quotierungs- und Contra-Quotierungsposition im Bundesverband zu erreichen. Die jeweils andere Position sollte ineinander übersetzt werden, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und die seit einigen Jahren höchst aggressiv geführte Auseinandersetzung zu versachlichen. Bei den Punkten Frauenveten und Sprachregelungen bemüht sich das Papier nicht um eine solche Übersetzung. - Die Vermittlung scheiterte übrigens auf der ganzen Linie. Im nachfolgenden Text taucht die Abkürzung djd auf; sie steht für Deutsche Jungdemokraten - der im Vereinsregister eingetragene Name der Jungdemokraten bis in die 80er. Ähnlich wie Judos ist djd heute nicht mehr als Abkürzung für Jungdemokraten / Junge Linke gebräuchlich.

Vorlage für die Landesvorstandssitzung Hessen am 19.02.1999

Meiner Einschätzung nach gibt es drei Hauptpunkte, die zwischen aktiven Frauen in den djd umstritten sind. Die Quotierung von jungdemokratischen Vorstandsposten, Frauenplena, die mit Frauenveten ausgestattet sind, und die Frage der politischen Zweckmäßigkeit des Querstrich bzw. Großes-I-Deutsches.

Quotierung

Es stehen sich (mindestens) zwei Quotierungskonzepte gegenüber. Ich versuche einmal zu entwickeln wo es Unterschiede, wo es Gemeinsamkeiten gibt.

1. Niemand bestreitet, dass Quotierung ein sinnvolles Mittel ist, Frauen einen Ausgleich für Benachteiligung zu

verschaffen, z.B. bei Bewerbungen etc. Insofern besteht Konsens über Quotierung als geeignetes Mittel der Frauenpolitik. Strittig ist auch nicht, dass es sich bei diesem Mittel, wenn es seinen Zweck erfüllen soll, um eine zwingende Norm handeln muss. Wenn man bei der Listenaufstellung zum Europaparlament bei der Partei ‚Die Grünen‘ jeweils beschließen müsste, ob quotiert werden soll, so käme es meist nicht dazu. Drittens möchte niemand Quotierung als das einzige Mittel der Frauenpolitik stilisieren, sondern es muss mindestens durch gezielte Frauenförderung ergänzt werden.

Strittig ist (I.) die Einschätzung der Situation bei den Jungdemokraten, und strittig ist (II.) auch, wie darauf zu reagieren sei. Des weiteren scheint mir (III.) strittig zu sein (ich bin nicht so sicher), ob beide Seiten Quotierung als ein Mittel zum Zweck ansehen (den man aus strategischen Gründen einsetzt oder nicht) oder ein Etwas, das für jeden Vorstand zwingend anzuwenden ist, weil es selbst ein Zweck ist.

2. Situation bei djf Hessen. Die Mitglieder des LV bestehen zu ca. einem Drittel aus Frauen. Ca. die Hälfte aller Interessenten sind Frauen. D.h. es gibt ein gleich großes Interesse der Geschlechter an unserem Jugendverband (und zwar obwohl wir kein großes I im Namen haben). Allerdings gibt es einen dramatischen Filter zwischen Interesse-haben und Mitglied-werden. Diese Zahlen bleiben seit Jahren konstant und schwanken nur geringfügig. Allerdings gibt es eine zarte Tendenz, dass mehr Frauen Mitglied werden.

Interessant wäre zu untersuchen, ob sich die Filterwirkung noch einmal verschärft, wenn man betrachtet, wie viele Leute jedes Geschlechts zu den Mitgliederversammlungen auf Kreis- und Landesebene kommen

3. Um die Positionen der Frauen in NRW und Hessen zu unterscheiden, erscheint es mir notwendig, unterschiedliche, paradigmatische Situationen zu erzählen.

(a) Die Hessen haben z.B. folgende Situation im Kopf: Auf einer Jahreshauptversammlung des KV soll ein neuer Vorstand gewählt werden. Die Versammlung ist trotz bester Mobilisierung schlecht besucht. Es kommen neun Leute, zwei sind Frauen. Man beschließt einen Mini-Vorstand zu wählen, Vorsitz, Schatzmeister und ein Stellvertreter. Niemand will in den Vorstand. Der Einzige der was reißen will, erklärt er wolle nur kandidieren, wenn der Vorstand quotiert sei. In der Folge wird enormer Druck auf die beiden anwesenden Frauen ausgeübt zu kandidieren. Die Hessinnen behaupten nun, dass der Druck, der auf Frauen in solchen Situationen ausgeübt wird, und der ohnehin schon auf allen Anwesenden lastet, durch die Quotierung immens verstärkt wird. Die was-soll-aus-dem-Verband-werden-Keule wird dann nur noch gegen Frauen eingesetzt. Das sich solche Situationen immer und immer wieder in den Jungdemokraten wiederholen scheint mir unbestreitbar. Frauen zu 50 % an der Macht zu beteiligen, heißt bei djf eben auch, dass sie 50 % der Scheißarbeit machen müssen und das unter Bedingungen einer engen Personaldecke, insbesondere der weiblichen Seite. Anders formuliert, Quotierung ist ein Trick der Männer, um sich vor dem anteiligen Stück der Arbeit zu drücken.

(b) Die NRWlerInnen denken eher an Situationen, in denen Männer verhindern, dass Frauen kandidieren. Oder sie denken

sogar an die gleiche Situation, sie verweisen aber darauf, dass die Hessen nur die halbe Geschichte erzählt haben. Wenn es eine Quotierung gebe, so würden

- automatisch mehr Frauen angesprochen; sogar die teilweise männerbündisch organisierten Strukturen seien darauf angewiesen, Frauen zu fördern, weil sonst der Laden nicht liefe. Mittelfristig führt Quotierung zu einem Anstieg der Eintritte von Frauen und zu einer höheren Aktivistinnenzahl.

- Einen Vorstandsposten zu übernehmen, sei etwas, was Mut erfordere, ins kalte Wasser zu springen. Die meisten Personen trauten sich dies nicht zu, die Erfahrung zeige aber, dass die meisten Menschen dies gut könnten, wenn sie die Hürde erst einmal genommen hätten. Die Fähigkeit diese Hürde zu nehmen und sich etwas zuzutrauen was man noch nicht gemacht habe, sei unterschiedlich auf die Geschlechter verteilt (Männer überschätzten sich eher, Frauen unterschätzten sich eher). Insofern hat der Zwang den die Hessen beschrieben, sogar etwas Gutes. Er hilft einen Sozialisationsnachteil auszugleichen.

- Wenn es erst einmal geschafft sei, dass Quotierung durchgesetzt sei und Frauen an der Spitze ständen, starte ein selbstlaufender Prozess: Frauen als Vorbilder ermutigten dazukommende Frauen, sich selbst zu trauen. Der Verband entwickle Ausstrahlungskraft auf Frauen.

4. Ich will das Beispiel nicht überziehen und es soll neben der plastischen Darstellung, auch nur zu dem einem Zwecke dienen: zu zeigen dass beide Seiten nicht dummes Zeug erzählen, sondern dass beide Seiten dasselbe Ziel mit unterschiedlichen Mitteln erreichen wollen. In den unterschiedlichen Situationen ist allerdings einiges versteckt, das sich meiner Ansicht nach herauszuarbeiten lohnt.

(a) Eine wichtige Behauptung der NRWlerInnen besteht in einer empirischen Behauptung. Dem Erfolg bei der Werbung von Frauen als Mitgliedern. Ich fände es interessant, die Mitgliederstruktur des LV NRW und vielleicht vom LV Berlin miteinander zu vergleichen (Berlin macht seit Jahren konsequent eine andere feministische Politik). Und vielleicht sind auch einige aus dem Süden bereit, anders über die Quotierung zu reden, wenn die Zahlen auf dem Tisch liegen würden. Andererseits ließen sich vielleicht einige NRWlerInnen überzeugen, dass sie schwerpunktmäßig symbolische Politik betrieben, wenn sich die Zahlen zwischen Berlin und ihrem LV nicht unterschieden, oder das Ergebnis sogar nahe legen würde, dass die Berlinerinnen das erfolgreichere feministische Konzept verfolgen.

(b) Wichtig erscheint mir das folgende Argument besonders herauszuheben: Wenn es den NRWlerInnen und Berlinerinnen gelingt zu einem hohen Prozentsatz Frauen zu werben und man weiter unterstellt, dass Frauen genauso häufig z.B. zu Kreismitgliederversammlungen kommen, dann ist die spezifische Pointe des Zwangsargument der Hessinnen weg. Wenn annähernd gleich viele Frauen und Männer Mitglieder im Verband sind, warum dann nicht die Frauen nötigen die Hälfte der Posten zu übernehmen? Es bliebe nur noch das Restproblem, wenn die Anzahl der Vorstandsposten ungerade wäre, und das könnte man für die Kreisebene solange aussetzen.

(c) Die in (b) nahe gelegte Folgerung ist nicht zwingend. Zum einen kann man aus prinzipiellen Gründen dagegen sein, den Druck auf Frauen zu erhöhen. Zum anderen kann man Quotierung auch schlicht wie folgt begreifen (in Abweichung zu 3.(b) erster Spiegelstrich): Sie bringt den Frauen gewissermaßen ein Wettbewerbsvorteil um Vorstandsposten. Im Moment ist auf Bundesverbandsebene die Situation so, dass die jeweiligen Blöcke händierend Kandidaten suchen. Dabei ist es schnurz-piep egal, ob es sich bei diesen um Männern oder Frauen handelt. Quotierung regelt aber genau den gegenteiligen Fall. Sie soll regulieren, wenn es zu viele Bewerber gibt, so dass typischer Weise die Bewerberinnen unter ihnen unter den Tisch fallen.

5. Manche der NRWlerInnen scheinen Quotierung als einen Wert an sich anzusehen (hier bin ich mir nicht so sicher). Das ist gar nicht so absurd, wie es vielleicht zunächst für manche Ohren klingt. Schließlich befördert es die gesellschaftliche Akzeptanz einer Regelung, wenn sie überall praktiziert und eingeübt wird. Außerdem kann keine rechte oder feministische Konkurrentin z.B. auf einer Podiumsdiskussion um Gleichberechtigung eine Jungdemokratin fragen: „Und, seit wann habt ihr bei euch die Quotierung eingeführt?“ Eine sehr unangenehme Frage, wenn die Quotierung nicht eingeführt ist, jedenfalls muss man dann die eingetretenen Pfade der Frauendiskussion verlassen.

Die Gegnerinnen dieser Wert-an-sich Position werden eben die spezifischen Bedürfnisse der Jungdemokraten und ihrer Frauenzusammenhänge gegen dieses Argument ins Feld führen.

Frauenveten

Hier sehe ich die Sache anders als bei der Quotierung. Ich glaube man kann in einem radikaldemokratischen Jugendverband Vetten von Teilgruppen nicht rechtfertigen. Hier gibt es zwei Probleme: Das Veto selbst und die Eingrenzung der Frage des Vetos. Vielleicht lässt sich am einfachsten darüber diskutieren, was die Voraussetzungen für ein Frauenveto sind. Man müsste einen demokratietheoretischen Grund liefern, warum Mehrheitsentscheidungen überstimmt werden dürfen. Infrage kommen die nachfolgenden Gründe:

1. es ist Männern aus prinzipiellen Gründen (z.B. erkenntnistheoretischen) nicht möglich bestimmte Dinge einzusehen;
2. es ist nicht möglich Männern dazu zubringen gegen ihre Männerinteressen zu handeln;
3. die Betroffenen sind immer die Fachleute und sie sollten allein entscheiden / bzw. jede Entscheidung aufhalten können;
4. die spezifischen Verzerrungen in der Debatte sind zwischen Männern und Frauen so groß, dass Frauen postum die Möglichkeit gegeben werden sollte, jeden Beschluss auf den Prüfstand zu stellen.

Der Hintergrund dieser Überlegung besteht darin, dass sich jede Begründung von radikaler Demokratie am Volkssouveränitätsgedanken orientieren muss. Danach ist

allerdings Souveränität unteilbar. Es müsste daher überzeugende Argumente vorgetragen werden, warum man Souveränität doch teilen sollte. Hierfür habe ich noch nicht einmal eine Idee einer Begründungsstrategie, die am Gedanken der Demokratie festhält.

Großes-I

Ich glaube auch, dass es keine überzeugenden Argumente für das Große I-Deutsch (GID) gibt. Meist werden folgende Argumente vorgetragen:

T1 Die Sprache sei patriarchal geprägt. Daher sei es kein Zufall, dass das grammatische Genus maskulin eben die Funktion habe, die es in der deutschen Sprache hat.

T2 Es gebe eine Beziehung zwischen Sprache und Denken. Es ist nicht egal wie wir sprechen.

T3 Durch die Verwendung der maskulinen Form in den Gattungsbegriffen (Studenten, Schüler ...) verschwinden die Frauen aus dem Denken über diese Gattung. Nur, wenn wir SchülerInnen bzw. Schülerinnen und Schüler sagten und schrieben denken wir auch an die Schülerinnen und nicht nur an die Schüler. Es besteht gewissermaßen eine Abbildfunktion zwischen Sprache und Denken (Argument vom Abbild).

T4 Spiegelbildlich hierzu behaupten einige Frauen sie fühlten sich nicht mitgemeint, wenn jemand sagt „die Schülervertreter ...“ (emotionale Bestätigung des Abbildarguments).

T5 Gleichzeitig sei die Verwendung von Worten wie ‚SchülerInnenvertreterInnen‘ ein provokativer Akt. Die Frauen würden durch die Verletzung der grammatischen Regeln ins Bewusstsein zurück gebracht.

T6 Ein linker Jugendverband, der nicht das GID verwendet, würde nicht als links wahrgenommen (Assimilationsargument oder Petersberger Argument). Daher sollte man das GID auch dann verwenden, wenn man dächte es wäre nicht begründbar.

T7 Jemand der nicht das GID benutzt aber eine feministische Position vertritt, unterhöhlt gewissermaßen ständig seine eigenen Überzeugungen.

T8 Wir sollten Sprachnormen entwerfen, an die wir uns gemeinsam halten, um so unsere Überzeugungen nicht zu unterhöhlen und das Bewusstsein anderer zu manipulieren.

Die Argumente T1 und T2 kann man auch teilen, wenn man die Verwendung des GID für falsch hält. Ich bin beispielsweise ein Anhänger von T2 und verwende bestimmte Euphemismen nicht oder nur in ironischem Zusammenhang (fi naler Rettungsschuss, Freisetzung von Arbeitskräften, etc.). Insbesondere ist man nicht gezwungen T3 für richtig zu halten, wenn man T2 zustimmt. Die Abbildvorstellungen hängt einer unhaltbaren Sprachvorstellung an. Ich argumentiere jetzt nicht dagegen. Hole das aber gerne nach, wenn es sich herausstellen sollte, dass dies der Angelpunkt der Befürworterinnen ist. Insbesondere halte ich alle Handlungen für falsch, die eine falsche Sprachvorstellung unterstützen. Allerdings erzählen uns doch einige Frauen, dass sie das in T4 beschriebene Gefühl kennen. Ist es nicht plausibel, wenn

Frauen mit der Autorität der ersten Person behaupten, sie fühlten sich nicht mitgemeint? Wir sollten uns dieses Argument kurz anschauen. Ich denke es ist falsch.

Erstens kennen wir viele Frauen, die es für Quatsch halten. Zweitens fühlen sich auch Männer mitgemeint, wenn jemand [juh~'kra:tin?n] sagt und JungdemokratInnen meint. Man gewöhnt sich im Gespräch sehr schnell an die Macken seines Gegenübers. Drittens ist Fühlen in diesem Zusammenhang kein starkes Argument. Wir kennen viele Gefühle, die wir bei anderen nicht bereit sind hinzunehmen, und mögen sie sich 100 mal so fühlen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Gefühle bei vielen Leuten in einer weitgehenden Übereinstimmung mit ihren sonstigen Überzeugungen stehen. Akzeptieren wir die Überzeugung zu einem bestimmten Sachverhalt nicht, so akzeptieren wir oft die dazugehörigen Emotionen des anderen nicht. Stimmen wir einer bestimmten Überzeugung zu, so bilden wir häufig mit der Überzeugung kompatible Emotionen heraus. Daher ist es recht plausibel, wenn jemand an das Abbildargument glaubt, dass sie früher oder später auch so fühlt.

Ich halte T5 und T6 zwar in bestimmten Zusammenhängen für zutreffend (z.B. provoziert es einige Historiker im Fachbereichsrat, in dem ich sitze, wenn ich auf eine bestimmte Art immer [,fu'd?ntin?n] sage. Im Direktorium für Philosophie dagegen wird dies nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen.)

Dass ich T7 ablehne ergibt sich bereits aus meiner Ablehnung von T3, denn T3 ist notwendige Bedingung von T7. Allerdings will ich hier noch etwas Freches bemerken: T7 wird von den meisten nicht explizit behauptet. Das liegt meiner Einschätzung nach nicht zuletzt daran, dass das Argument den meisten zu gewagt vorkommt, obwohl es direkt in T3 impliziert ist. Hier gibt es einen Zusammenhang zu meiner Ablehnung von T8. Ich glaube Sprachnormen aufzustellen, gegenüber bereits kundigen Sprechern, hat etwas extrem Erniedrigendes und Paternalistisches. Am Liebsten sind mir die Situationen, in denen eine Männerrunde einer neu hinzukommenden Frau das große I beibringt.

Solche Sprachvorschriften empfinden viele Menschen aus prinzipiellen Gründen als problematisch. Es ist einfach ein Unterschied, ob wir eine bestimmte Position vertreten oder ob wir jemanden kritisieren, weil er unseren Lebensstil nicht teilt. Letzteres ist aber bei dieser Debatte der Fall. Im Grunde wird ihr oder ihm gedeutet, sie gehörten nicht zur gemeinsamen Subkultur. Solche Ausschlüsse kritisieren wir aber in anderen Zusammenhängen. Einen Teil ihres Erfolges speist die Debatte um political correctness aus dem Aufgreifen dieses berechtigten Anliegens: Dass der Lebensstil eines/einer jeden seine/ihren Sache ist. Das gilt, auch wenn die PC-Debatte in den USA als reaktionäre Gegendebatte begonnen hat

5.3. Zur Situation der Frauen in den Judos

Vorbemerkungen

Immer wieder wird bei Jungdemokraten über die innerverbandliche Geschlechterfrage diskutiert. Ende der 90er Jahre, als der nachfolgende Text entstand, war die innerverbandliche Situation die folgende: Es waren fast ausschließlich Männer, die die ‚wichtigen‘ Funktionen im Verband inne hatten, die ‚zentralen‘ Absprachen und Entscheidungen trafen, die ‚klugen‘ Texte schrieben und die

‚wichtigen‘ Redebeiträge lieferten. Die Ursachen für dieses Verbandsmachertum wurden damals relativ viel und vor allem kontrovers debattiert. Der folgende Text ist ein Versuch, mögliche Ursachen zu benennen. Man kann sich vortrefflich über die Richtigkeit der im Text formulierten Thesen bezüglich der Situation der 90er Jahren streiten. Man kann auch überlegen, inwiefern die Thesen heute noch zutreffend sind. Vielleicht hat sich die innerverbandliche Geschlechtersituation geändert (immerhin können wir auf einige Bundesvorsitzende und diverse Frauen in Spitzenfunktionen zurückblicken). Vielleicht haben sich auch die sozialen, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geändert (allen drohen Studiengebühren). Vielleicht hat sich aber auch viel weniger geändert, als es auf den ersten Blick scheint: Der Anteil weiblicher Mitglieder ist noch immer deutlich geringer als der männlicher. Diese Broschüre dokumentiert Texte zu grundsätzlichen Fragen von Demokratie, Radikaldemokratie, Herrschaft usw. der letzten 10-15 Jahre, es ist fast ausschließlich männlicher Output, das ist ein anhaltend fettes Problem! In der Redaktion hat der Text jedenfalls für viel Diskussion gesorgt. Möglicherweise regt er auch zu einer neuen innerverbandlichen Debatte an. Notwendig wäre es. Die Abkürzung Judos steht für Jungdemokraten / Junge Linke.

Dieses Thesenpapier versucht folgende Fragen zu beantworten:

- a) Worin besteht / wie drückt sich Frauendiskriminierung in den Judos aus?
- b) Warum sind so wenige Frauen auf wichtigen Posten?
- c) Warum schreiben Frauen nicht die Texte, denen von den Judos theoretische und strategische Bedeutung zugeschrieben wird?

Ob das mit den folgenden Ausführungen gelingt oder diese nicht z.T. Anderes erklären, mögen die Leser beurteilen.

Die Hauptform, in der sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede ausdrücken, ist das unterschiedliche Rede- und Diskussionsverhalten. Lange, ausufernde Redebeiträge, autoritäres Dominanz- und Diskussionsverhalten zeichnen gerade viele männlichen Verbandsmacher aus. Mit diesem Verhalten korreliert ein anderes, nämlich sich so behandeln zu lassen. Oder eben auch nicht.

Unter diesem Verhalten leiden allerdings im gleichen Maße auch diejenigen Männer im Verband, die keine Verbandsmacher sind.

1. Der Verband ist gekennzeichnet durch ein autoritäres Rede- und Diskussionsverhalten. Unter diesem leiden aufgrund der patriarchalen Dinge im Kopf und aufgrund der immer wieder reproduzierten Verbandspraxis eben vor allem Frauen. Sie sind prozentual überdurchschnittlich häufig die Objekte dieses Verhaltens.
2. Daraus ergibt sich eine scheinbar paradoxe Situation: Zwar ist der Grund der Unterdrückung die patriarchale Struktur, die nahe liegende Bekämpfung besteht aber gerade nicht in einer frauenpolitischen Maßnahme sondern in der Verbesserung des Diskussionsklimas und der Situation.
3. Männer sammeln tatsächlich mehr Kompetenzen in ihrer Verbandsmitgliedschaft als Frauen. Und zwar aus mehreren Gründen: Altbekannt ist, dass Männer sich bestimmte Dinge (oft unberechtigter Weise) eher zutrauen. Nur haben sie die

jeweiligen Sachen erst ein paar Mal gemacht, können sie diese natürlich tatsächlich besser. Es ergibt sich ein zweifacher Vorteil: Ein Wissensvorsprung und eine Überlegenheit durch mehr Erfahrung (z.B. durch Einübung politischer Techniken, ...). In Verbindung mit den unterschiedlichen Lebensentwürfen ergibt sich daraus ein unheiliger Vorsprung.

4. Männer entscheiden sich häufiger für politische Lebensentwürfe als Frauen. Hier einige Beispiele: Diejenigen, die ihr Leben phasenweise vollständig auf den Verband ausrichten, sind überwiegend Männer. Die meisten Verbandsfrauen erledigen ihr Studium en passant, sie machen im Verband nur soviel, dass das Studium nicht gefährdet wird. Wenn man auf eine Party kommt, gibt es häufig folgende Situation: Die Männer reden über den Verband, die Frauen über etwas anderes. Das ist hier nicht wertend sondern beschreibend gemeint. Es soll nur zur Erläuterung dienen, hat aber natürlich viele Folgen. (Vorausgesetzt, über etwas Reden bringt was, werden Geschehnisse besser analysiert, Seilschaften gestärkt, Ballons gestartet usw.) Ein vielleicht ähnlich wichtiger Punkt ist die unterschiedliche wirtschaftliche Lage und die verschiedenen Reaktionen des Umfelds auf ein politisches Leben (z.B. der Eltern). Letzteres verschärft bei Menschen in der Ausbildung u.U. die wirtschaftliche Situation. Wenn ich mich an entsprechende Untersuchungen des Studentenwerks richtig erinnere, haben Frauen in der Regel während ihres Studiums weniger Geld zur Verfügung. Warum sollte das ohne Auswirkung auf ihre Aktivitäten bleiben, insbesondere in einem Bundesverband, in dem man Fahrtkosten z.T. jahrelang vorstrecken muss?

5. Die letzte These verstärkt die vorhergehende.

6. Durch die vorgegebenen Machtstrukturen werden Frauen also daran gehindert:

- sich mündlich zu äußern,
- bestimmte Dinge zu tun (z.B. Verhandlungen zu führen)
- sich schriftlich zu äußern.

7. Gerade für Letzteres bietet das Studium eine Möglichkeit des inhaltlichen Seiteneinstiegs. Es ist möglich, ein bestimmtes Thema wissenschaftlich und politisch zu bearbeiten und in beiden Feldern Synergieeffekte zu erzielen. Allerdings studieren viele Frauen im Verband gerade solche Studienfächer, bei denen es sich nicht leicht anbietet, eine Verbindung zu unseren inhaltlichen Politikfeldern herzustellen (z.B. SozPäd). (Selbstverständlich erlernt man beim Politikmachen bestimmte Schlüsselqualifikationen, die einem in jedem wissenschaftlichen Job nützen, z.B. Sprecherfahrung, Schreiberfahrung, organisatorische Fertigkeiten)

8. Außerdem studieren viele Frauen im Verband ihr Studienfach nicht politisch und / oder stellen keine politische Verbindung zu ihrem direkten Studienumfeld her. Hier bildet ausschließlich die Frauenthematik selbst eine rühmliche Ausnahme.

Mit ‚politisch Studieren‘ meine ich das Folgende: Jemand der Jura studiert, beschäftigt sich wissenschaftlich mit dem Asylrecht, mit der Strafrechtsabschaffung o.Ä.; schreibt dazu Hausarbeiten, Seminararbeiten, bildet Arbeitsgruppen mit politisch wie wissenschaftlich Gleichgesinnten; macht sich mit genau diesen Themen bei seinen Profs interessant. Als

weiteres Beispiel ließen sich die Politikwissenschaftler und die Kritik am politischen System der BRD heranziehen. Mit politischer Verbindung meine ich die Fachschaftsarbeit in wissenschaftlichen Institutionen, insbesondere da sie das politische Studieren erleichtert. Warum die feministischen Wissenschaftsansätze eine Ausnahme bilden, versteht sich vermutlich jetzt von selbst.

9. Diese Probleme (die oben genannten drei Spiegelstriche) werden dadurch verstärkt, dass es innerverbandlich auch innerhalb einer Strömung keine verbreitete Kultur solidarischer Kritik gibt. Dies gilt auch für viele Verbandsfrauen untereinander.

10. Frauenzusammenhänge (wie der Berliner Frauenstammtisch) entscheiden sich meist nicht, ob sie politische Fraktion oder ein Förderzusammenhang sein wollen.

Frauenzusammenhänge haben das folgende Problem der Ambivalenz: Verstehen sie sich als inhaltliche Fraktion über politische Fragen der Geschlechterverhältnisse hinaus, so ist nicht richtig einzusehen, warum diese Fraktion nur aus Frauen besteht. Inhaltlich stimmen einzelne Frauen in vielen politischen Fragen mit manchen Männern mehr überein als mit den Frauen ihres Zusammenhangs.

Beschränkt sich der Zusammenhang auf Politiken der Geschlechterverhältnisse, so ergibt sich zwar nicht unbedingt ein Problem, doch die Gleichung ‚Frauen machen Frauenpolitik‘ macht vielen Frauen wenig Spaß. Will der Zusammenhang ein Förderzirkel zum gegenseitigen Nutzen sein, wenn man so will z.B. ein Ausgangspunkt gelungener Kommunikation (Zellen bilden!), guter Reden, gelungener Seminare, guter Verhandlungen usw., so besteht zumindest ein Problem darin, dass diese Techniken ebenfalls gekonnt werden müssen und sich aufgrund der momentan verfestigten Geschlechterstrukturen eher bei den Verbandsmännern den bei den Verbandsfrauen befinden.

11. Frauenzusammenhänge sind von den Seilschaften und Informationskartellen potentiell abgeschnitten. Dies gilt nicht für die Frauen, die sich innerhalb der Seilschaften bewegen. Das, was ich hier Seilschaften nenne (man könnte es auch informelle Strukturen o.ä. nennen), funktioniert so, dass hier häufig Dinge vorgeklärt, abgecheckt sowie Einschätzungen ausgetauscht werden (über den Verband und Politik im Allgemeinen). Diese Strukturen selbst sind weitgehend unproblematisch, wenn sie nicht in direkte Konkurrenz zu den Wahlgremien treten (z.B. der mächtige Angestellte eine vom Vorstand beschlossene Verschickung mit Deckung seiner Seilschaft verhindert). Sie sind in vielen Punkten sogar dringend nötig, um Politik nicht aus sich heraus zu schöpfen und unnötige Konflikte im Vorfeld zu verhindern.

12. Die für mich offenste Frage ist: Kann man den Verband stärker auf die Lebensentwürfe von Frauen zuschneiden? Was kann das überhaupt bedeuten? Den oben angedeuteten sozialen Ausschluss zu bekämpfen, ist sicher sinnvoll (nicht nur, aber gerade auch aus feministischer Sicht), doch andererseits - angesichts der anhaltenden Klammerheit linker Projekte - auch wenig realistisch

5.4. Pornographie und Feminismus

von Maren Bedau und Barbara Schöning

Vorbemerkungen

Der Text „Pornographie und Feminismus“ von Maren und Barbara ist zuerst in der Zeitschrift „Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik“, Nr. 149, Heft 1, März 2000 erschienen.

„Der Kampf gegen Pornographie - diese Propaganda im Geschlechterkrieg - ist ein zentrales Anliegen des Feminismus.“ (Alice Schwarzer) Es scheint allerdings, daß er eher zu einem zentralen Anliegen des Feminismus gemacht wurde. In ihren PorNo-Kampagnen reklamierte dabei das EMMA-Umfeld, Anwältin nicht nur aller Feministinnen, sondern aller Frauen zu sein. Das die Positionen der Feministinnen keineswegs so homogen sind, wie EMMA behauptet, ist weithin unbekannt. Gerade angesichts der unheilvollen Allianzen, die EMMA in den 90ern mit konservativen Kräften im Kampf gegen Pornographie einging, und der dabei ausgesprochenen Forderung nach strafrechtlicher Sanktionierung von Pornographie und nach härteren Strafen für die Täter ist es angebracht, die Kampfansage gegen Pornographie, die als schlechthin feministisch gilt, einer gleichfalls feministischen Kritik zu unterziehen.

Die ideologische Basis: Pornographie = Frauenverachtung

Pornographie liegt nach der Definition von Alice Schwarzer vor, „wenn die Erniedrigung der Frau sexualisiert dargestellt und propagiert wird“. Dabei geht es nicht nur um die diskriminierende Darstellung der einzelnen Porno-Darstellerin, vielmehr gilt der Grundsatz: Wird eine Frau als Sexualobjekt dargestellt, dann sind damit alle Frauen gemeint. Jede Frau wird somit nach ihrem Verständnis von einer solchen Darstellung qua Geschlechtszugehörigkeit diskriminiert, da ihr die pornographische Geschlechtsrolle als eigene aufgeprägt wird: Diese Übertragung geschieht gleichsam als Automatismus: „Sie sehen die Pornos. Und sie sehen uns. Und sie sehen wieder die Pornos. Und sie sehen wieder uns.“

Die Darbietung als bloßem Objekt männlicher Lust wird als eine Verletzung der Menschenwürde von Frauen verstanden: „Das Schlimme an der Pornographie ist, daß sie die Beziehung zwischen den Geschlechtern entmenslicht und ein Bild von der Frau als Untermensch propagiert.“

Doch damit nicht genug; weiterhin gehen die Porno-Gegnerinnen davon aus, daß sich Pornographie noch nicht erschöpft in der Darstellung von (überwiegend männlichen) Sexualvorstellungen, die sich die Frau als Objekt der Begierde aneignet. In der der Pornographie angeblich inhärenten Verknüpfung von sexuellen und aggressiven Darstellungen erkennen die „Emma“-Aktivistinnen vielmehr die Gefahr einer Erotisierung von Gewalt: Nach Alice Schwarzer ist Pornographie dabei mehr als harmlose Phantasie oder wirkungslose Wunschvorstellung: „Sie ist Realität“. Der Schritt von der Pornophantasie zum Sexualverbrechen sei dann aber nur noch ein kleiner.

Die Würze und der eigentliche Verbotgrund für Pornographie ergibt sich somit für die „Emma“-Aktivistinnen aus der vermeintlichen Betonung von Gewalt und Erniedrigung. Wann genau dies jedoch der Fall ist, lassen sie im Unklaren.

Dabei ist dieses Kriterium von erheblicher Wichtigkeit: Es taucht in sämtlichen Pornographie Definitionen der entworfenen Antiporno-Gesetze auf und soll der Trennung der Spreu (d.h. der zu bekämpfenden Pornographie) vom Weizen (d.h. der tolerierten, da nicht per se frauenfeindlichen Erotik) dienen. Dabei offenbart dieses Kriterium neben seiner begrifflichen Unschärfe noch ein weiteres: Wenn Gewaltpornographie quasi nur als Spitze des Eisbergs bekämpft werden soll, wird damit gleichzeitig behauptet, es könne noch andere, der sexuellen Erregung dienende Darstellungen geben, die nicht zugleich einen Angriff auf die Würde der Frau darstellen. Dies steht aber im krassen Widerspruch zu dem Bann, den „Emma“ auf jegliche sexuelle Darstellung, d.h. auch auf die harmlosen Hochglanz-Bildchen eines „Penthouse“ oder „Playboy“, als der quantitativ schwächeren Vorstufe zum Gewaltvideo gelegt hat: „Folgerichtig, ist doch der Hart-Porno nur die logische Konsequenz aus dem Weich-Porno. Die Grenzen sind fließend, beides wird aus einer Quelle gespeist: aus der der Verachtung von Frauen.“

Damit wird deutlich, dass die Fokussierung auf Gewaltpornographie nur eine vorgeschobene ist, es in Wirklichkeit um sämtliche Darstellungen sexueller Praktiken oder Reize geht. Dies wird in seiner Pauschalität - vielleicht um die Reihen zu schließen - schnell zur Überlebensfrage der Frauenbewegung schlechthin stilisiert: „Wenn wir den Kampf gegen die Pornographie nicht gewinnen, verlieren wir den Kampf um unsere Emanzipation. So einfach ist das.“

Auffällig ist, daß positive Aspekte bereits existierender Pornographie durchgängig verschwiegen werden. Nicht in allen pornographischen Darstellungen werden erniedrigende und gewaltverherrlichende Szenen gezeigt. Es gibt durchaus auch Werke, die mit der Präsentation einer von den konventionellen Mustern abweichender Sexualität zur Enttabuisierung beitragen, und die traditionellen Geschlechtszuschreibungen aufweichen. Eine positive Wirkung von Pornographie für die sexuelle Entwicklung von Frauen wird jedoch als schlechthin unmöglich abgelehnt. Stattdessen sind die Texte der Pornogegnerinnen zusätzlich von einem recht ausgeprägten, semantisch an Kriegsszenarien angelehnten Vokabular durchzogen, die Zweifel an der Berechtigung der Forderungen schon verbal in die Nähe des niederträchtigen Verrats an den Feind rücken: Nach der amerikanischen Jura-Professorin und PorNO-Aktivistin Catherine MacKinnon steigert Pornographie den Geschlechterkampf zum „Geschlechterkrieg“, andere bezeichnen Pornographie als „sexualisierten Haß“ oder sprechen von „Kriegspropaganda gegen Frauen“.

Dieser Generalvorwurf an die sogenannte „Männergesellschaft“ korrespondiert mit einem propagierten Opferverständnis, das den Holocaust-Opfern Hohn spricht. So schreckt Alice Schwarzer nicht davor zurück, ganz dezente Parallelen zwischen der pornographischen Frauenverachtung und der antisemitischen Judenvernichtung zu ziehen: „Gerade wir Deutschen wissen, was das heißen kann, wenn man ungestraft und unwidersprochen die Verachtung und Erniedrigung von Menschen propagieren kann - und bis wohin das führen kann.“ In den USA dominiert gar ein noch schärferer Ton. In ihren „Letters from a war zone“ bezeichnet die Schriftstellerin Andrea Dworkin Pornoproduzenten als „SS“, als elitäre, sadistische, militärische organisierte Vorhut“.

Gründe für eine feministische Kritik der Anti-Porno-Kampagnen

Pornographie, die auf sexuelle Bedürfnisse von Frauen orientiert ist und sie als sexuell begehrende Menschen zeigt, ist für uns nicht nur denkbar, sie existiert bereits, auch wenn ihr auf dem aktuellen Porno-Markt nicht der Stellenwert zukommt, den wir uns wünschen würden. Dieses Urteil läßt sich jedoch nur dann teilen, wenn man sich von den negativen und destruktiven Klischeevorstellungen von männlicher wie weiblicher Sexualität löst, wie sie die Antipornobewegung propagiert.

Es sei an dieser Stelle nochmals eingeschoben, daß wir durchaus nicht die Augen davor verschließen wollen, daß ein Großteil der aktuellen Pornographie weibliche Sexualität aus männlicher Sicht, dabei auch brutal oder erniedrigend darstellen. Uns leuchtet jedoch nicht ein, wieso dieses Bild der Frau als Beleidigte, Verletzte oder Vergewaltigte das einzig mögliche sein soll. Es ist geradezu irritierend, daß die Pornogegnerinnen zwar permanent den Opferstatus der Frau in seinen zahlreichen Facetten beklagen, aber in große Sprachlosigkeit verfallen, wenn es darum geht, sich weiblicher Sexualität und Lust einmal positiv zu nähern. Ebenso wie in unseren Augen der Mann als potentieller, seinen gewaltdürstenden Trieben erliegender Sexualtäter ein Zerrbild der Wirklichkeit darstellt, erschrecken uns die recht starren Weiblichkeitsbilder, die das Umfeld von „Emma“ in die Medien gebracht hat. Dort wird an Klischee-Vorstellungen von weiblicher Sexualität als „harmoniedurchtränkt und passiv-zurückhaltend“ festgehalten, obwohl die Frauenbewegung damit schon lange abgeschlossen hat. An dieser Stelle erklärt sich auch die unheilvolle Allianz, die die Pornogegnerinnen oftmals mit wertkonservativen und sexualfeindlichen Gruppierungen eingegangen sind. Diese gesellschaftlichen Kräfte wollen die Rolle der Frau tatsächlich an die Dominanz des Mannes rückbinden und Sexualität aus dem gesellschaftlich relevanten Bereich zurück in das private Schlafzimmer des bürgerlichen Ehepaars verdammten. Hier geht die Frauenbewegung um „Emma“ eine recht verhängnisvolle Affäre mit Gruppierungen ein, in denen die Angst der bürgerlichen Gesellschaft vor der Entfesselung von Sexualität dominiert. Dies ist eine politisch rückwärtsgewandte Einstellung, deren politische Begleiterscheinungen für Frauen nicht wünschenswert sind. Die Wiederherstellung einer verstaubten rigiden Sexualmoral kann nicht Ziel des Kampfes um mehr Frauenrechte sein.

Indem sie das vermeintliche Schutzbedürfnis der Frauen in den Vordergrund stellen, übersehen die Pornogegnerinnen, daß es eben nicht um die Zementierung von Geschlechtsstereotypen durch Pornographie bzw. deren Bekämpfung, sondern um deren Überwindung gehen muß. Anstatt das Blickfeld auf die Eindämmung der vermeintlich zügellosen männlichen Sexualität zu verengen, sollte es in unseren Augen darum gehen, Pornographie zur Erweiterung des Horizonts weiblicher Sexualität zu nutzen. Indem die „Emma“-Aktivistinnen sich auf die Bekämpfung der aktuellen Pornographie konzentrieren, erliegen sie nicht nur einem verzerrtem Bild von Sexualität, sondern übergehen erneut die Frau als Subjekt mit eigener Lust. Im Kampf um die sexuelle Gleichberechtigung kann es in unseren Augen nicht darum gehen, Sexualität als Feindin der Frauen darzustellen, nur weil sich in ihr die aktuell noch bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse niederschlagen. Machtverhältnisse in

sexuellen Darstellungen zu monieren, sollte nicht dazu führen, daß man Symptome bekämpft und die sexistischen Strukturen der Gesellschaft in Familie, Ökonomie und Politik unkritisiert läßt. Indem die „Emma“-Aktivistinnen diese Aspekte unterschlagen, haben sie erheblich zur Entpolitisierung der Frauenbewegung beigetragen und den ursprünglichen Forderungen nach radikaler Gesellschaftskritik das Fundament entzogen.

An diesem Punkt greift unser nächster kritischer Einwand ein: Pornogegnerinnen übergehen gerne, daß Frauen durchaus pornographische Werke als erotisch bzw. sexuell anregend genießen. Dieser aktive Umgang mit Pornographie wird nicht etwa dahingehend verstanden, daß pornographische Darstellungen Frauen bei ihrer sexuellen Identitätsbildung behilflich sein können. Eine solche Deutung wird nicht zugelassen. Vielmehr wird versucht, jeglichen positiven Zugang von Frauen zur Pornographie zu diffamieren, sei es, daß Frauen als Werkzeug von Männern entmündigt oder als dummes Opfer ihrer Fähigkeit zur Selbstbestimmung beraubt werden. Dieser Haltung liegt die Vorstellung der infantilisierten Frau zugrunde, die die Folgen ihres Tuns nicht erfassen kann. Deutlich wird dies an dem vorhin schon erwähnten Artikel Schwarzers zur Arbeit Bettina Rheims: „Menschenverachtung bleibt Menschenverachtung, und Pornographie bleibt Pornographie. Egal, ob sie von Männern oder Frauen produziert wird. Da gibt es nur einen ganz kleinen Unterschied: Die Pornographen wissen, was sie tun. Aber wissen es auch die Pornographinnen?“

Interessant ist dabei, daß „Emma“ Frauen somit in bester patriarchaler Manier bevormundet und korrespondierend dazu Frauen auch mehr in ihrem Angstgefühl anspricht, indem sie sie auf die beständige Bedrohung durch Massen sog. pornographisierter und daher verrohter Männer hinweist.

Ärgerlich ist jedoch, daß die gleichen, sich selbst als Anwältinnen aller Frauen verstehenden Feministinnen jenen Selbsthilfe-Projekten die Unterstützung versagen, die sich um die Stärkung jener unmittelbar in der Sexindustrie arbeitenden Frauen bemühen.

Leider sprechen die Pornogegnerinnen Frauen aber die Fähigkeit ab, über die Ausgestaltung ihrer Sexualität selbst frei entscheiden zu können, ihnen wird erst recht jegliche Berechtigung abgesprochen, sich berufl in diesem Bereich einzubringen. „Emma“ und konservativen Kreisen ist es zwar gemeinsam, Frauen durchaus auch gegen ihren Willen zu schützen. Dieser Schutz geht aber nicht so weit - auch hier wieder eine beängstigende Übereinstimmung mit dem konservativen Lager - „Sexarbeit“, sei es als Pornodarstellerin oder als Prostituierte, rechtlich anzuerkennen und etwa sexuelle Dienstleistungen in den Schutzbereich des zivilrechtlichen Vertragsrechts einzubeziehen. Daß durch diese Weigerungshaltung konstruktive Bemühungen verhindert werden, Diskriminierungen von Frauen durch Festigung ihrer rechtlichen Stellung zu bekämpfen, unterläuft feministische Ziele und stärkt die männliche Vorherrschaft in der Sexindustrie.

Zentraler Baustein der Anti-Porno-Kampagne ist die Beweisführung für die Kausalität von Pornographiekonsum und sexueller Gewalt gegen Frauen (und Kinder). Da dies immer wieder hervorgehoben wird, wollen wir uns genauer damit auseinandersetzen. „Emma“ stützt ihre Behauptung auf wissenschaftliche Experimente, in denen der Zusammenhang zwischen Pornokonsum und Aggressionsverhalten vermeintlich nachgewiesen wurde. Beispielfhaft dafür sei nur

ein, von den PorNO-Aktivistinnen immer wieder zitiertes Experiment der 70er Jahre genannt, in dem der amerikanische Psychologe Donnerstein eine Untersuchungskette durchführte, in der College-Studenten einer amerikanischen Universität in drei Gruppen eingeteilt wurden: die erste Gruppe sah eine Talkshow, die zweite eine Sex-Szene, die dritte einen Hardcore-Porno mit einer Vergewaltigungsszene. Danach mußten die Studenten einem Assistenten/einer Assistentin Fragen stellen. Beantwortete dieser die Frage falsch, konnten sie den Versager/die Versagerin mit Stromschlägen bestrafen. Donnerstein fand heraus, daß die Studenten der Gruppe 3 die höchsten Stromschläge verteilten, aber auch nur dann, wenn es sich um die Assistentin handelte. Darin sah er bestätigt, daß der Konsum von gewalttätiger Pornographie die Gewaltbereitschaft gegen Frauen erhöhe.

Problematisch an derlei wissenschaftlichen Experimenten ist zweierlei, wie die Psychologinnen Hofstadler und Körbitz in ihrem Buch „Stielaugen und scheue Blicke“ von 1996 beschreiben: Erstens ist, aus datenerhebungstechnischer Sicht, in Frage zu stellen, inwieweit psychologische Prozesse sich in Zahlen und Messungen quantifizieren lassen, was also „grundlegende psychologische Merkmale sein sollen, die in analoger, wenn auch vielleicht in weniger exakter Weise wie die Länge von Eisenbahnstangen oder das Gewicht von Apfelsinen gemessen werden können.“ Zweitens kann ein Laborexperiment nicht zu einem völlig authentischen, der Realität entsprechenden Ergebnis führen, da der Proband sich immer einer künstlich nachgebildeten Realität ausgesetzt sieht, und dementsprechend anders reagiert, als er es bspw. beim Pornokonsum im Wohnzimmer oder im Kino tun würde. Zugleich blendet ein Experiment die Kontextabhängigkeit der zu Untersuchenden aus: Die Frage, „ob die soziale Realität der an diesen Untersuchungen teilnehmenden Männer gleichzusetzen ist mit derjenigen von Männern, die Pornofilme in Heim- und öffentlichen Kinos konsumieren.“ Der Einfluß dieser Störfaktoren aber wird in solchen Experimenten vernachlässigt.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht sind daher die Experimente und Fallbeispiele, die nun auch von deutschen Wissenschaftlern als Beweise herangezogen werden, äußerst fragwürdig. Jedoch vermittelt die Bezugnahme auf wissenschaftliche Erkenntnisse in der Öffentlichkeit eine ungeheure Seriosität und „Emma“ kann, ohne nennenswerten Widerspruch zu ernten, im Verbund mit ihren neuen MitstreiterInnen behaupten, dass der Zusammenhang zwischen Pornographiekonsum und sexueller Gewalt offenkundig sei.

Jenseits dieser sozialwissenschaftlichen Kritik an der Beweiskraft der herangezogenen wissenschaftlichen Experimente blendet die Behauptung, Pornographie sei die Ursache sexueller Gewalt, einen in unseren Augen wesentlichen Gesichtspunkt aus: Sexuelle Gewalt gegen Frauen ist eingebettet in eine ökonomische, politische und soziale Realität, die frauenfeindlich strukturiert ist. Dass Pornographie, die in einer strukturell frauenfeindlichen Gesellschaft produziert und vermarktet wird, frauenfeindliche Verhältnisse zwischen Männern und Frauen wiedergibt, ist nicht weiter erstaunlich. Aber sie ist nicht die Ursache von Gewalt gegen Frauen, sondern nur ein Symptom einer frauenfeindlichen Gesellschaft. Der Umkehrschluß, ohne Pornographie gebe es keine Gewalt gegen Frauen, erscheint angesichts der realen Verhältnisse nicht überzeugend: Weder Gewalt gegen Frauen in der Familie, noch strukturelle Gewalt

gegen Frauen im Berufsleben könnten dadurch abgeschafft werden. Daher ist die Fokussierung feministischer Arbeit auf den Kampf gegen Pornographie aus unserer Sicht zutiefst kontraproduktiv, weil sie die Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ursachen der Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft an den Rand der Debatte verschiebt.

Unter einem weiteren Aspekt erscheint uns die Benennung von Pornographie als Ursache sexueller Gewalt gegen Frauen problematisch: Pornographie ist zunächst Lustgewinn am Zuschauen. Genau darin besteht ihr Reiz. Sexuelle Phantasien aber sind nicht gleichzusetzen mit real ausgeführten Handlungen, sondern finden zunächst im Kopf statt. Wie Menschen Pornographie wahrnehmen und verarbeiten, ist unterschiedlich und abhängig von ihrer sozialen Situation.

Deutlich wird dies bspw. an einer Reihe von Fallstudien, die der Wissenschaftler Werner Glogauer in „Emma“ beschreibt: Im ersten Fall spricht er von einem durch ein Sexualverbrechen straffällig gewordenen Jungen, der neben Heavy-Metal Musik, auch Videos, darunter auch Pornos konsumierte und „schon mit neun bis zehn Jahren [...] manchmal bis spät in die Nacht [...]“ fernsah. Insgesamt kam der Junge aus sozial zerrütteten Verhältnissen und war selbst als Kind mißbraucht worden. Folgt man nun der Logik der Porno-GegnerInnen, so müsste man nicht nur Pornos, sondern auch die aggressive Form von Heavy Metal, und auch die Darstellung von Gewalt im Fernsehen zensieren, da die Gewaltbereitschaft ja durch die medial vermittelte Aggression entsteht. Doch die soziale Umwelt, die Gewalt ausübt und toleriert, würde das wahrscheinlich wenig ändern. Die einfache Ursache-Wirkungsformel von „Emma“ blendet aber dieses Problem aus und verhindert eine Diskussion über gesellschaftliche Ursachen von Gewaltbereitschaft, nicht nur gegen Frauen.

Für eine Veränderung des pornographischen Diskurses

Für uns bleibt daher abschließend festzuhalten, daß Ziel feministischer Politik die Erweiterung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten für Frauen sein soll. Die Festschreibung der Rollenklischees durch das ständige Betonen des Opferstatus der Frau bringt uns in dieser Hinsicht jedoch überhaupt nicht weiter. Positiv lassen sich zumindest die anfänglichen Anti-Pornokampagnen unter dem Gesichtspunkt würdigen, daß ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen frauenfeindliche Ansichten und Verhaltensweisen geleistet wurde, indem die frauenfeindlichen Botschaften gebrandmarkt wurden, die manche sexuellen Darstellungen transportieren. Darüber hatte es bis zu der von „Emma“ 1978 initiierten Debatte um die „Stern“-Titelbilder in der Öffentlichkeit weitgehend keine Diskussion gegeben.

Bei den späteren Botschaften dominieren Tabuisierung und Dämonisierung von Pornographie. Statt auf Aufklärung zu bauen und Bewusstseinsänderung einzufordern, versuchen die „Emma“-Aktivistinnen ein gesellschaftliches Problem zu verrechtlichen und verrennen sich in unseren Augen in ein einseitiges Verständnis von Pornographie, das auf die aktuellen Ansprüche von Frauen an Pornographie nicht eingeht. Das antiaufklärerische Klima komplettiert sich dann mit einer in unseren Augen falschen moralischen Verdammung und Kriminalisierung des Konsums von Pornographie.

Den feministischen Bannstrahl auf sexuelle Praktiken zu legen, die nicht dem Mainstream entsprechen, lehnen wir ab. Wir schlagen stattdessen vor, die Bandbreite sexueller Vorstellungen in einer freien Gesellschaft immer wieder auszuloten, unterschiedliche sexuelle Phantasien zuzulassen und nicht an dem engen Bild „normaler“ Sexualität festzuhalten. Im Hinblick auf eine fortschreitende Befreiung der Menschen von sexuellen Tabus und Zwängen halten wir es für erforderlich, in die aktuelle Pornographiediskussion mit einem emanzipatorischen Sexualitätsverständnis zu intervenieren. Dabei lässt sich auch und gerade Pornographie zur Veränderung gesellschaftlicher Sexualvorstellungen gezielt einsetzen. Ziel ist nicht etwa die pornofreie Gesellschaft, sondern die Befreiung der Sexualität aus dem engen Korsett bürgerlich-patriarchaler und - leider auch - pornofeindlich-feministischer Vorstellungen.

5.4. Soziale Grundsicherung

von Stefanie Janczyk und Felix Stumpf

Im Zuge der gesellschaftlichen Durchsetzung des staatlich vermittelten Arbeitszwanges und der zunehmenden Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen machen weite Teile der Linken Front gegen den Abbau des bundesdeutschen Sozialsystems. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit, denn zumindest was die Einführung immer neuer Repressalien und Gängeleien für Anspruchsberechtigte anbelangt, so könnten wir hier mit gleichem Fug und Recht von einem Ausbau reden. Das bestehende Sozialsystem ist und war Mittel sozialer Disziplinierung.

Zur Norm erhoben wird das Leben der abhängig Beschäftigten: acht Stunden Arbeit, fünf Tage die Woche und das bis zum 65. Lebensjahr. Reaktionäre gesellschaftliche Strukturen werden gestützt: das Leben in der Kleinfamilie, aufgeteilt in produktiven und reproduktiven Bereich wird zur Norm erklärt. Die Familiensubsidarität und der Umstand, dass ein Versorgungsanspruch oftmals nur in Ableitung gegeben ist, untermauern und erzeugen autoritäre Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern. Wer von der Norm abweicht, muss mit Nachteilen rechnen. Auf gesellschaftliche Umverteilung wird weitgehend verzichtet.

Sicherlich ist das bestehende Sozialsystem besser als kein Sozialsystem und es nimmt bereits einen sozialen Ausgleich vor. Eine Verteidigung gegen neoliberale Begehrlichkeiten ist daher wichtig, dennoch kann sich emanzipatorische Politik nicht damit begnügen, eine Sozialstaatskonzeption zu verteidigen, die nie wirklich eine emanzipatorische war. Es würden wesentliche politische Ansprüche schon deshalb unverwirklicht bleiben, weil wir sie nicht eingefordert haben. Bei der Betrachtung des bundesdeutschen Sozialsystems müssen wir zwischen zwei wesentlichen Prinzipien unterscheiden, dem der Sozialversicherung und dem der Fürsorge.

Das Prinzip der Sozialversicherung

Sozialversicherungen basieren auf dem Modell der Privatversicherungen. Es handelt sich in erster Linie um: Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe* oder Rente. Zwischen

der Höhe der zu erwartenden Leistungen und der Höhe der zuvor geleisteten Beiträge besteht ein linearer Zusammenhang, dies bezeichnet man als Äquivalenzprinzip: Die Sozialversicherungen sind lohnarbeitszentriert, nur ein abhängig Beschäftigter kann einen Leistungsanspruch begründen, für sich selbst oder für andere (z. B. Witwen- oder Waisenrente).

Der durch die Sozialversicherungen geleistete soziale Ausgleich vollzieht sich somit nur innerhalb einer stets schmaler werdenden gesellschaftlichen Gruppe: der abhängig Beschäftigte in tariflich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Doch das Äquivalenzprinzip verhindert selbst innerhalb dieser Gruppe eine gerechte Umverteilung: wer über ein hohes Einkommen verfügt, kann mehr einzahlen und erhält höhere Sozialleistungen. Ein Moment der Umverteilung ist lediglich in der Existenz der sogenannten Arbeitgeberbeiträge zu erkennen. Diese stellen historisch betrachtet zwar eine Errungenschaft dar, gleichwohl aber eine unzureichende

Das Prinzip der Fürsorge

Das Modell der Fürsorge (Sozialhilfe) beruht auf dem Prinzip der Bedürftigkeit. Soziale Sicherung wird nicht als Grundrecht unabhängig von individuellem Verhalten verstanden, sondern als Mittel zur Überbrückung kurzzeitiger Notsituationen. Vor Eintritt der öffentlichen Leistung müssen die eigene Arbeitskraft und die Ressourcen der Familie aktiviert werden (Subsidiaritätsprinzip). Um dieses überprüfen zu können, wird ein großer Schnüffel- und Kontrollapparat installiert werden: Jeder, der Sozialhilfe beantragt, muss Privatleben und wirtschaftliche Situation von sich und seiner Familie offen legen. So müssen z.B. unverheiratete Paare und teilweise sogar bloße Wohngemeinschaften nachweisen, dass sie keine gemeinsame Haushaltsführung betreiben.

Durch die Familiensubsidarität bleibt die Familie kleinste Einheit der sozialen Zuwendung. Dieser Gedanke zieht sich durch das gesamte System: Leben die Empfangsberechtigten im Familienverbund, so erhält auch hier nicht jedes Mitglied einen vollständigen eigenen Versorgungsanspruch. Der Sockelbetrag wird an das sog. Familienoberhaupt ausgezahlt, die restlichen Mitglieder erhalten lediglich Aufstockungsbeträge. Durch diese Verfahren werden Abhängigkeitsverhältnisse weiter gestützt.

Darüber hinaus gibt es aber auch noch weitere Instrumente zur Gängelung und Disziplinierung der Sozialhilfe-EmpfängerInnen: Die Unterstützung für Einzelposten (z. B. Schulausstattungen der Kinder) muss immer wieder neu beantragt und gerechtfertigt werden. Wer so genannte „zumutbare“ Arbeit ablehnt, dessen Bezüge werden gekürzt. Sozialhilfe-EmpfängerInnen können gemäß des Bundessozialhilfegesetzes zu öffentlicher Arbeit gezwungen werden: Stundenlohn so um die drei DM. Die beschönigende Umschreibung für Zwangsarbeit lautet „Hilfe zur Arbeit“. Leistungen sind oft nur dem Grunde, nicht aber der Höhe nach, normiert. Dies führt dazu, dass Behörden bzw. einzelne Sachbearbeiter weitgehend willkürlich entscheiden können, in welcher Höhe tatsächlich geleistet wird.

Das erklärte Ziel, Menschen wieder in die Arbeit zu pressen führt dazu, dass sich die Höhe der Sozialhilfe lediglich an der Existenzhaltung orientiert, sie ist daher zu niedrig.

Wichtig ist folgendes festzustellen: Die Demütigung von Anspruchsberechtigten, der institutionalisierte Arbeitszwang

und die daraus folgende Quote von Nichtinanspruchnahme durch Leistungsberechtigte sind nicht reformierbarer Unfall, sondern Sinn und Zweck dieses Sozialsystems. Der Leistungsempfänger soll es sich nicht zu „gemütlich“ machen, denn der Lohnarbeitszwang ist integraler Bestandteil des Kapitalismus.

Aufgabe emanzipatorischer Politik ist es, eine Sozialstaatskonzeption jenseits von Marktradikalismus und autoritärem Wohlfahrtsstaat zu entwerfen. Ein Bild von Sozialstaat, das die kapitalistische Verwertungslogik durchbricht und die Freiheit des Individuums in den Vordergrund der Politik stellt, gilt es daher zu entwerfen.

Das Modell der Sozialen Grundsicherung

Im Gegensatz zum bestehenden Sozialsystem kann die Einführung einer sozialen Grundsicherung die individuellen Freiräume erweitern. Die gegenwärtig vorhandene soziale Kontrolle würde durch eine solche spürbar zurückgedrängt.

Darüber hinaus würde der politische Kampf um ihre Durchsetzung die radikaldemokratische Linke endlich wieder argumentativ in die Offensive bringen, weil sie sich als Forderung darstellt, die die Prämissen der gegenwärtigen Standortlogik nicht akzeptiert und eine normative Grundlage hat, die über die Realität dieser kapitalistischen Gesellschaft hinausweist.

Konkret bedeutet das Modell der sozialen Grundsicherung:

1. Jeder Mensch erhält einen unabhängigen Versorgungsanspruch, losgelöst vom Verhalten und Familienstand.
2. Das Subsidiaritätsprinzip entfällt.
3. Die Höhe der Leistungen muss so bemessen sein, dass eine umfassende Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben möglich ist.
4. Der staatliche Arbeitszwang wird abgeschafft.
5. Die Vergabe der sozialen Grundsicherung erfolgt durch den Bund und wird aus den allgemeinen Steuermitteln finanziert.
6. Die Sozialhilfe gibt es weiter, sie dient der Hilfe in besonderen Lebenslagen, dann wenn die Soziale Grundsicherung nicht ausreicht, um benötigte Ausgaben zu decken.

Die Einrichtung einer Sozialen Grundsicherung ergibt sich zwangsläufig, wenn die materielle Existenz als Menschenrecht anerkannt wird. Soziale Grundsicherung aus emanzipatorischer Sicht bedeutet auch Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Diese ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme anderer Grundrechte und die Teilhabe an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen. Zu einem progressiven Rechtsbegriff gehören keine Pflichten, sehr wohl aber die Freiheit, sich nicht zu engagieren, nicht zu arbeiten und trotzdem den Anspruch auf eine gesicherte Existenz zu behalten. Genauso wie das Wahlrecht bei gewollter Nichtarbeit nicht verweigert werden kann, darf auch das Grundrecht der menschlichen Existenz nicht aufgehoben werden.

Bürgergeld und Recht auf Arbeit

In der öffentlichen Debatte wird soziale Grundsicherung oftmals mit dem Bürgergeld, bzw. dem Konzept der negativen Einkommenssteuer gleichgesetzt. Dieses Konzept wird im politischen Spektrum von FDP bis CDU gefordert. Diese Modelle funktionieren vordergründig auch sehr ähnlich. Um so unterschiedlicher ist die Zielvorgabe: Ziel des Bürgergeld-Projektes ist in erster Linie, auch die Annahme sehr schlecht bezahlter Arbeit für Erwerbslose attraktiv zu machen. Das Konzept sieht folgendes vor: die tariflich garantierten Mindestlöhne werden ausgehebelt, der weitgehend bestehende Grundsatz, dass der Lohn für eine ganze Arbeitsstelle zu Bestreitung des Lebens ausreichen muss, wird aufgegeben. Diese „working poor“ - Arbeitsplätze werden öffentlich subventioniert und so ein optimaler privater Profit realisiert. Anderer Zweck dieser Übung ist es, eine weitere Teilung der Gesellschaft in einem immer kleineren Teil, der sich in akzeptablen Arbeitsverhältnissen und einem immer größeren Teil, der sich in prekären Arbeitsverhältnissen befindet bzw. arbeitslos ist, ideologisch zu legitimieren.

Um dies zu verhindern, ist das Konzept der sozialen Grundsicherung um einige Punkte erweitert:

1. Es gibt ein Recht auf Arbeit. Nicht, weil wir glauben, dass der Mensch nur in der Arbeit seine Erfüllung findet, sondern weil die Teilung der Menschheit in eine Gruppe mit Arbeit und eine andere, der der Zugang zum Arbeitsleben verwehrt wird, verhindert werden soll. Arbeitslosigkeit bedeutet für viele den Ausschluss aus der Gesellschaft.
2. Die soziale Grundsicherung muss so hoch bemessen sein, dass eine ausreichende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gewährleistet bleibt. Nur so wird ein Recht auf Arbeit nicht zur Arbeitspflicht. Wir schlagen einen Betrag in Höhe von 1.999,99 DM vor.
3. Es gibt einen gesetzlich garantierten Mindestlohn.
4. Die Sozialhilfe gibt es weiter. Sie dient der Hilfe in besonderen Lebenslagen, dann, wenn die Soziale Grundsicherung nicht ausreicht, um benötigte Ausgaben zu decken.

Radikale Arbeitszeitverkürzung

Radikaldemokratische Politik darf sich aber nicht damit begnügen, einzelnen die Möglichkeit zu geben, sich den Arbeitsprozessen zu entziehen, sie muss die Arbeitsprozesse selbst verändern, um ein Leben ohne Fremdbestimmung und Ausbeutung zu ermöglichen. Arbeit als nicht mehr entfremdete Arbeit ist das Ziel.

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt derzeit die höchste Arbeitslosigkeit seit ihrem Bestehen. Die Politiker aller Parteien nehmen dies, zumindest in den offiziellen Verlautbarungen, als großes Problem wahr. Das allgemeine Ziel lautet Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das heißt vor allem die Schaffung neuer Arbeit. Das vorrangige Mittel um dies zu erreichen, ist die Senkung der Lohnkosten. Aber auch andere Mittel, wie die Aushöhlung des Kündigungsschutzes, die steuerliche Entlastung von Konzernen und Vermögenden und die Aufhebung von Flächentarifverträgen gelten als adäquates Mittel der Arbeitsschaffung.

All diese Konzepte negieren jedoch, dass die Arbeitslosigkeit das Ergebnis der enormen Produktivitätssteigerung der letzten Jahre und der Tatsache, dass Frauen sich nicht mehr in den Bereich Familie zurückdrängen lassen, ist. Da der bisher angestrebte Weg, die Löhne derart zu drücken, dass Menschen billiger produzieren als Maschinen, weder akzeptabel noch erfolgversprechend ist, gibt es nur einen Weg die Arbeitslosigkeit tatsächlich zu senken: die radikale Umverteilung von Arbeit. Schließlich bedeutet der gesunkene Bedarf an menschlicher Arbeitskraft bei Licht gesehen auf keinen Fall eine gesellschaftliche Katastrophe. Im Gegenteil, je weniger Zeit zur gesellschaftlichen Reproduktion aufgebracht werden muss, desto mehr Zeit bleibt zur individuellen und gesellschaftlichen Entfaltung und Entwicklung. Die Befreiung gesellschaftlicher Zeitereserven ermöglicht einen enormen Fortschritt in der gesellschaftlichen und individuellen Emanzipation. Dies gilt natürlich nur, wenn die Arbeitsersparnisse tatsächlich in diesem Sinne eingesetzt werden und nicht wie bisher zur Maximierung des Profits weniger genutzt werden.

Die befreite Zeit wird bisher allein durch Arbeitslosigkeit freigesetzt. Dies bedeutet jedoch, dass die Betroffenen ihre freie Zeit mit einer prekären wirtschaftlichen Situation bezahlen müssen, wodurch neue Zwänge geschaffen werden und eine tatsächliche Emanzipation verhindert wird. Unter diesen Bedingungen ist natürlich jeder Produktivitätszuwachs, gesellschaftlich gesehen, völlig sinnlos. Arbeitszeitverkürzung muss mit vollem Lohnausgleich einher gehen.

Das Ziel muss es daher sein den Produktivitätszuwachs gerecht unter allen Abhängig Beschäftigte und Arbeitssuchenden zu verteilen, allein dies hätte eine enorme Arbeitszeitverkürzung zur Folge. Um diese noch zu verstärken, müssen diejenigen Produktivitätszuwächse, die bisher in privaten Profit übertragen werden in Lohn und damit in Arbeitszeitverkürzung rückgeführt werden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird zu einer Desynchronisierung der Stundenpläne führen, da eine lineare Arbeitszeitverkürzung zu Produktivitätsverlusten führen würde. D.h. es wäre nicht möglich, alle Menschen statt wie bisher von 8-16 Uhr, einfach von 8-13 Uhr arbeiten zu lassen, weil z.B. Maschinen dann nicht sinnvoll genutzt werden könnten. Es müssten daher andere und neue Formen der Arbeitszeiteinteilung gefunden werden. Arbeit müsste in längeren Zeiträumen, z.B. Jahren geleistet werden. Es würde damit auch möglich länger freie Zeiten am Stück freizusetzen als bisher.

Dies wäre eine begrüßenswerte Entwicklung: Eine fragmentierte Freisetzung von Zeit würde hauptsächlich zu einer Ausweitung passiver Freizeitaktivitäten und der dem Haushalt gewidmeten Zeit führen. Die Freisetzung längerer Arbeitszeiten würde hingegen die Realisierung größerer Projekte und somit eine aktivere Freizeitgestaltung ermöglichen. Der größte Gewinn bestände jedoch in der wiedergewonnenen Herrschaft über die eigene Zeiteinteilung, in der Zeitsouveränität.

... und wie wird das alles finanziert?

Finanzierbar ist es nur, wenn der gesellschaftliche Reichtum radikal umverteilt wird. Die steuerliche Belastung hoher Einkommen, Gewinne und Vermögen müsste forciert werden.

Die Wiedereinführung von Vermögenssteuer, Gewerbesteuer, die Einführung einer Spekulationssteuer und die wirkungsvolle Schließung von Steuerschlupflöchern wären immerhin ein Anfang.

Was letztlich bleibt, ist die nicht ganz taufrische Erkenntnis, dass die Sicherung des Sozialstaates nur über die Austragung des Verteilungskonfliktes zwischen Kapital und Lohnarbeit zu erreichen ist. Sozialpolitik, die darauf verzichtet, die Verteilungsfrage zu stellen, beantwortet sie um so deutlicher.

Soziale Grundsicherung und Revolution

Der Vorwurf innerhalb der Linken lautet oftmals, soziale Grundsicherung sei ein reformistisches Konzept und eben kein revolutionäres. Um alle Zweifel auszuräumen: das stimmt, es reicht aber noch nicht für einen Vorwurf.

Eine Kritik die immer nur konstatiert, dass diesseits der Revolution nichts drin ist, bleibt hohl und leer und hat erstaunlich viel mit religiösen Heilsvorstellungen gemein. Das Dilemma sozialistischer Politik, zumal wenn sie auch noch radikaldemokratisch ist, besteht darin, dass es nicht mehr einfach klar ist, wie dereinst, wenn JD/JL dem Volk die Macht zurückgegeben haben, eine reale Vergesellschaftung der Produktionsmittel aussehen wird. Alles was klar ist, ist, dass das Leninsche Revolutionskonzept, in dem politischer Umsturz und Verstaatlichung den Kern ausmachen, so nicht taugt.

Auch der Vorwurf, Reformen modernisierten lediglich den Kapitalismus, ist mindestens so unsinnig wie dumm: Jede Bewegung, die nicht gewinnt, transformiert lediglich den Kapitalismus, da mag sie noch so antagonistisch und verbalradikal daherkommen.

Wahrscheinlich wird es keinen umfassenden Bewusstseinsprozess unter den Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung geben, sicher ist aber, dass ohne Zertrümmerung der psychischen und kulturellen Herrschaftsformen die Vergesellschaftung der Ökonomie ein rein formaler Prozess bleibt. Wie radikaldemokratische Politik aussieht, lässt sich gerade wegen der Beschränktheit der Bewusstseinsentwicklung nur in sozialen Kämpfen bestimmen, die den heutigen Widersprüchen entspringen und deshalb auch in den von den realen Verhältnissen bestimmten Formen auftreten müssen.

Zentrale Frage radikaldemokratischer Politik ist daher nicht der kulturelle Habitus, sondern: wie können wir materielle Gleichheit, umfassende individuelle Freiheit und Bedürfnisbefriedigung gewährleisten, wie finden Meinungsbildungsprozesse statt und wie können wir in sie intervenieren?

Wir wollen die ganze Freiheit!

Die reale Befreiung von Zeit und die Rückgewinnung von Zeitsouveränität - für sich genommen bereits ein großer Gewinn an individueller Selbstbestimmung - würde Individuen Raum schaffen, in gesellschaftlichen Prozessen und in Austausch mit anderen die eigenen Bedürfnisse zu bestimmen und das eigene Bewusstsein zu bilden. Sie wäre ein Fortschritt für die individuelle und gesellschaftliche Emanzipation des Menschen.

Darüber hinaus dämmt vor allem die Soziale Grundsicherung den Zwang, die Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen. Ein Klima in dem nicht mehr jede Arbeit allein

dadurch attraktiv scheint, dass sie besser ist als ein Leben in Armut, könnte neue Formen der Arbeit erzwingen helfen.

Durch die reale Abmilderung der Ausbeutungssituation würden die Angst vor der sozialen Ausgrenzung und der damit verbundene individuelle Anpassungsdruck vermindert. In Verbindung mit der tendenziellen Auflösung der Konkurrenzsituationen zwischen abhängig Beschäftigten (um die letzten freien Arbeitsplätze) und der mit ihr einhergehenden Entsolidarisierung würden neue Potentiale für soziale Kämpfe freigesetzt.

Die soziale Grundsicherung betreibt bereits tendenziell die Entkopplung von Einkommen und Arbeit. Sie markiert daher eine Abkehr vom lohnarbeitszentrierten Arbeitsbegriff. Diese Abkehr vom lohnarbeitszentrierten Arbeitsbegriff als notwendige Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise könnte letztlich Voraussetzung für die Ablösung der kapitalistischen Produktionsweise selbst sein. Soziale Grundsicherung und die radikale Arbeitszeitverkürzung könnten so Ausgangspunkt und Teil einer Aneignungsbewegung sein und Alternativen zumindest wieder denkbar machen.

In diesem Sinne: Gegen falsche Bescheidenheit für eine goldene Zukunft.

5.6. Eckpunkte einer Friedensposition

von Anuscheh Farahat und Markus Büchting

Vorbemerkung

Wir dokumentieren mit dem folgenden Text einen Antrag an die 12. Bundesdelegiertenkonferenz der JungdemokratInnen/Junge Linke in Erfurt, den Anuscheh und Markus geschrieben haben. Sie fassen darin ihre grundsätzliche Position zum Thema Krieg und Frieden in 14 Punkten zusammen. Es handelt sich bei dem hier abgedruckten Text nicht um die beschlossene Version, sondern um den ursprünglichen Antrag.

Die JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für Frieden ein und stehen in Gegnerschaft zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Mit Frieden ist in diesem Positionspapier die dauerhafte Beilegung von Krieg gemeint. JungdemokratInnen / Junge verstehen sich als Teil der weltweiten Friedensbewegung. Dieses Eckpunktepapier dient der politischen Standortbestimmung.

1. JungdemokratInnen / Junge Linke verstehen sich als Teil der Friedensbewegung. Es geht darum, auch in der Friedensbewegung konsequent friedenspolitische und antimilitaristische Positionen mehrheitsfähig zu machen (beispielsweise eine prinzipielle Ablehnung von Krieg). Wenn es gelingt, innerhalb der Friedensbewegung z.B. antimilitaristische Positionen mehrheitsfähig zu machen, wandelt sich das Gesicht der Friedensbewegung und es kann gelingen, unsere Positionen gesellschaftlich mehrheitsfähig zu machen. Denn zur Zeit muss die gesellschaftliche Ablehnung von Krieg leider von Fall zu Fall erkämpft werden und eine prinzipielle Antikriegsposition ist längst nicht erreicht.

2. Krieg ist eine der schlimmsten Geißeln der Menschheit. Seine direkten und indirekten Folgen sind Tod, Hunger und Vertreibung der drohende Kollaps der Reproduktion der

kriegsführenden Staaten, mindestens aber der unterlegenen Staaten. Hinzu kommen psychologische Folgen. Kriege führen meist zu einem Abreißen des Prozesses der Völkerverständigung und zu gegenseitigem Hass der kriegsführenden Kollektive. Krieg produzieren sehr viele traumatisierte Menschen und diese Gewalt wird in die Nachkriegsgesellschaft weitergegeben.

3. JungdemokratInnen / Junge Linke kritisieren illegitime Herrschaftsausübung und wollen diese abschaffen. Sie tun dies nicht aus einer Laune heraus, sondern aus der prinzipiellen Überlegung, dass die Herrschaft der Menschen übereinander minimiert werden muss und jede Herrschaftsausübung einer vorherigen radikaldemokratischen Legitimation bedarf. Aus dieser Position, dass jede Herrschaft einer Legitimation bedarf, folgt eine Ablehnung des Krieges. Es ist schlicht nicht vorstellbar, dass die schlimmste und brutalste Form der Machtausübung, die Vernichtung von Menschen durch Krieg politisch legitimiert werden kann. Daher lehnen JungdemokratInnen / Junge Linke jede Form des Krieges ab.

4. Man muss Krieg und Konflikt unterscheiden. Die Präsenz von militärischer Gewalt und Vernichtung, unabhängig davon, ob sie von sich gegenüberstehenden Armeen vollzogen wird oder ob sie im Bürgerkrieg ausgeübt wird, vernichtet auch die Voraussetzungen für eine radikaldemokratische und emanzipatorische Gesellschaft. Aufklärung und Selbstaufklärung haben die Abwesenheit der Bedrohung des Lebens, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit usw. zur Voraussetzung. Diese Bedingungen werden im Krieg ganz oder teilweise negiert. Konflikt ist der weitere Begriff als Krieg. Viele Bezeichnungen von Konflikte auch wenn sie einer gewissen militärischen Rhetorik entstammen (scheinen), wie z.B. Klassenkampf sind keine militärischen Konflikte im oben beschriebenen Sinn. Konfliktfreiheit oder -losigkeit ist daher kein Ideal der JungdemokratInnen / Junge Linke.

5. In den Feuilletons tobt ein Kampf um die Legitimierung von Krieg als Mittel der Politik. Hierzu soll das mittelalterliche Konzept des gerechten Krieges reaktiviert werden. Nach diesem Konzept bedarf ein Krieg eines gerechten Grundes und einer gerechten Kriegsführung, um gerecht genannt zu werden. Diese Auseinandersetzung hat das Feuilleton verlassen und ist Teil praktischer Politik geworden. Sowohl einen gerechten Kriegsgrund, als auch eine gerechte Kriegsführung behauptet die US-Regierung zu liefern. Der Grund ist der Kampf gegen den Terror bzw. die Massenvernichtungswaffen, die Kriegsführung ist die des angeblich sauberen Krieges dessen Präzisionsbomben vorgeblich keine Zivilisten mehr töten.

Es gibt keinen gerechten Krieg. Krieg ist prinzipiell und vollständig zu ächten. Die JungdemokratInnen / Junge Linke folgen hierin der Charta der VN, die Krieg prinzipiell ablehnt und die Anwendung von militärischer Gewalt ohne ausdrückliches Mandat durch den UN-Sicherheitsrat nur und ausschließlich für den Fall einer Verteidigung zulässt. Dieser casusbelli ist allerdings in der Charta weiter eingeschränkt: Er gilt nur für den kurzen Moment, bis die Vereinten Nationen den Konflikt schlichten oder unterbinden. Leider gelang es den USA nach dem 11. September dieses Recht auf Selbstverteidigung zeitlich auszudehnen und für einen Angriffskrieg auf Afghanistan zu missbrauchen.

Der 11. September stellte einen Angriff neuen Typs dar. Wenn es gelingt sollte, solche Angriffe zum Vorwand zu nehmen um in Länder einzumarschieren gibt es faktisch ein Recht zum Angriffskrieg. Es besteht die Gefahr, dass durch die Konfliktverlagerung in zum abstrakten Kampf gegen den Terrorismus das Selbstverteidigungsrecht unzulässig weit ausgedehnt wird. Ein Selbstverteidigungsrecht kann nur in einem stark begrenzten Rahmen gegen staatliche militärische Angriffe als Ausnahme von vollständigen Verbot des Krieges zulässig sein. Als Reaktion auf Terrorismus ist das Selbstverteidigungsrecht völlig ungeeignet, weil es real eine Bedrohung des Weltfriedens darstellt.

Die JungdemokratInnen / Junge Linke lehnen jede Ausdehnung dieser Ausnahmen vom völligen Kriegsverbot ab.

6. Auch in der Geschichte können JungdemokratInnen / Junge Linke keinen gerechten Krieg erkennen. Es gab viele Kriege, die geführt wurden, weil Länder sich verteidigten. Insofern konnte man bestimmte Kriege politisch nicht verhindern, man mag sie unvermeidlich oder ähnliches nennen. Sie sind allerdings nicht gerecht gewesen. Nicht nur, weil sich in der bisherigen Geschichte diese Verteidigung immer mit kapitalistischen Interessen und / oder imperialen und / oder geostrategischen oder ähnlichen normativ nicht zu rechtfertigenden Interessen verband. In einer kapitalistischen Gesellschaft von gerechtem Krieg zu reden ist absurd.

Zu sagen es habe in der Geschichte keine gerechten Kriege gegeben bedeutet nicht, dass wir Kriege man nicht etwa froh sein kann über vollständige Niederlage der Wehrmacht im 2. Weltkrieg. Wir wollen vielmehr auf Folgendes hinweisen: Es ist gefährlich Kriege normativ zu überhöhen. So geschahen z.B. auch seitens der Alliierten im 2. Weltkrieg schreckliche Kriegsverbrechen, die man nicht unter den Begriff des gerechten Krieges subsumieren kann. Kriegerische Gewalt ist nie gerecht. Sie ist außermoralisch und in gewisser Weise potenziell oder tatsächlich außerrechtlich. Es bedarf vermutlich keiner Erläuterung warum sich ein Krieg außerhalb der Moral stellt. Aber warum ist er außerrechtlich, wo es doch internationale Konventionen wie die Haager Landkriegsordnung u.ä. gibt? Erstens, haben viele Kriegstheoretiker darauf hingewiesen, dass Kriege intrinsisch exkalativ sind. Das heißt das alle Standards zu ihrer Einhegung dann bedroht sind, wenn sie einen vermeintlichen militärischen Erfolg behindern. Da es kein weltweites Gewaltmonopol gibt, dass gegebenenfalls Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht durchsetzt, können die Kriegsparteien selbst dieses Kriegsvölkerrecht (eine Art Regeln für einen geordneten Mord der gegnerischen Armeen) brechen. Zweitens sind viele Staaten vielen völkerrechtlichen Verträgen (z.B. zum Verbot des Bombardements ziviler Einrichtungen) nicht beigetreten. Drittens, endet im Krieg z.T. buchstäblich jedes Recht. Die unvorstellbare Situation des Krieges führt zu einem Zustand in dem die normalen zivilisatorischen Standards enden, in dem rechtliche Bindungen auch überhaupt nicht mehr durchgesetzt werden und in dem es für den Einzelnen vorteilhaft sein kann, sich nicht mehr an sie zu halten.

7. Krieg darf auch nicht ultima ratio der Politik der BRD sein, wie uns das im seit dem Kosovokrieg verkauft wird. Die Bundesrepublik soll sich prinzipiell an keinem Krieg beteiligen, ihr Militärpotenzial abrüsten und keinerlei

Kriegsgerät mehr produzieren und nicht dabei helfen andere Länder aufzurüsten.

8. Die Bundesrepublik ist Teil eines Bündnisses von Ländern, die andere Länder ausbeuten. Hier ist nicht bloß die ganz normale kapitalistische Ausbeutung gemeint, wie sie von der BRD gestützt und aufrecht erhalten wird, sondern eine deutlich darüber hinausgehende. Den ausgebeuteten Ländern wird mit Krieg und Vernichtung gedroht, wenn die Formulierung und Umsetzung eigener nationaler Interessen den kollektiven Interessen der NATO-Staaten oder den formulierten nationalen Interessen einzelner NATO-Staaten entgegenläuft. Wesentlich für diese Unterdrückung, die sehr passend eine neue Form des Imperialismus genannt werden kann, ist die Drohung mit militärischer Gewalt zur Durchsetzung ökonomischer Interessen. Die NATO gibt diese Zielrichtung ganz offen in der neuen NATO-Strategie zu. Diese wird durch entsprechende nationale Sicherheitsstrategien gestützt (Verteidigungspolitische Richtlinien der BRD) oder an Aggressivität übertroffen (Nationale Sicherheitsstrategie der USA, hier insbesondere die Option des Angriffskrieges (Präemptivkrieg); Erneuerung der sog. Erstschlagsoption mit Atomwaffen durch Großbritannien und die USA).

9. Die BRD ist Teil dieses neoimperialistischen Komplexes. Hierfür hat die Bundesregierung Schröder / Fischer in großer Kontinuität zur Vorgängerregierung alle verfassungsrechtlichen Bindungen geschliffen, die einer Kriegsführung im Rahmen einer solchen imperialistischen Politik entgegenstehen. Bis vor wenigen Jahren war es die herrschende Verfassungsinterpretation, dass die BRD Kriege nur im Rahmen von nationaler oder kollektiver Selbstverteidigung führen darf. Dies wurde zunächst auf Kriege im Rahmen von VN-Einsätzen mit Mandat ausgeweitet und mit der neuen NATO-Strategie wurde auch diese Bindung vollständig entsorgt.

10. Insgesamt ist die us-amerikanische Form des Neoimperialismus besonders gefährlich, weil sie in zunehmendem Maße auf Krieg als Hegemoniestrategie zurückgreift. In Lateinamerika sind inzwischen einige Länder durch spezifische Form dieser Sicherheitspolitik, den Antidrogenkrieg, völlig destabilisiert.

11. Wir erleben im Moment eine Phase, in der die nationalen Interessen der unterschiedlichen NATO-Staaten sich z.T. widersprechen. Teils aus ökonomischen Gründen (Dollarbindung des Ölmarktes), teils aus geostrategischen Gründen (Kontrolle der USA über Ölressourcen) lehnen die BRD und andere NATO-Staaten einen Teil der verschärften imperialistischen Politik der USA unter dem Namen „Krieg gegen den Terror“ ab. Noch ein weiterer Punkt führt zur Ablehnung der Position der USA: Die BRD und andere Staaten haben ein Interesse daran, dass wichtige internationale Entscheidungen im Institutionengefüge der VN getroffen werden. Dies ist tatsächlich ein gemeinsames Interesse der Friedensbewegung mit der momentanen Bundesregierung, auch wenn die Gründe hierfür unterschiedlich sind (Die BRD lehnt sie ab, weil sie so einen höheren Einfluss auf die Entscheidungen haben und weil sie wenig von diesen Krieg profitiert, er z.T. sogar sehr schädlich für die eigenen politischen Interessen ist). Es liegt im Interesse der

Friedensbewegung, dass das Institutionengefüge der VN gestärkt wird. Denn auch wenn es keine Garantie dafür gibt, dass die VN nicht für imperiale Politiken nutzbar gemacht wird, so sind hier doch Hürden zu überwinden. Die Bindung an das Völkerrecht führt zumindest zu einer Einhegung von Konflikten. Es ist heute noch nicht klar absehbar, ob die Bundesrepublik sich prinzipiell gegen eine Aushöhlung des Völkerrechts stellt (die sie es selbst im Kosovokrieg mitbetrieben hat) und für eine Stärkung des Völkerrechtes eintritt. Trotzdem sollten wir uns jederzeit der Brüchigkeit dieses Bündnisses der weltweiten Friedensbewegung mit der Regierung der BRD bewusst sein.

12. Der sogenannte Krieg gegen den Terror hat zu einen fatalen innenpolitischen Grundrechtsabbau in allen westlichen Verfassungsstaaten und vielen anderen Ländern geführt. Die Instrumentarien der Notstandverfassung werden weltweit ausgebaut und z.T. schon heute gegen innenpolitische Opposition eingesetzt.

13. Die JungdemokratInnen / Junge Linke sind kein Verband aus einem Guss, in dem von der Mehrheit abweichende Positionen keinen Platz haben. Auch Positionen die Kriege für rechtfertigbar halten haben genau wie pazifistische Positionen im Verband ihren Platz. So schwierig es manchmal auszuhalten ist, gerade beim Thema Krieg, so gibt es bei JungdemokratInnen / Junge Linke für jede RadikaldemokratIn Platz.

Kommentar:

Dies war der fünfte Themenkomplex der Broschüre. Wer sich an der Debatte beteiligen möchte, kann seine Beiträge hierzu gern bei der Redaktion einreichen, die natürlich immer in voller Länge und unverändert in die Debatte eingehen werden.

J. M. Hackbarth

Telegram – Verteiler – für „Der Aufstand“	
Stand: 24.10.2021, 17.00 Uhr	Mitgliederzahlen:
FREIHEITS-CHAT-Diskurs	20
Internat. Allianz f. Menschenrechte	29
Gesellschaft der Gleichen	31
Friedensfestivals-Forum - Die weiße Fahne	30
Widerstand- NF Chat Gruppe	32
MIND GLOBAL CHAT	37
Gelbe Westen deutschlandweit	46
Hamburger Mahnwache - Diskussionsgruppe	41
Freiheitsboten_Ideensammlung Aktiv	53
ZK Austausch und Diskussion	54
Free Speech Zone	51
dieBasis KV Tuttlingen	71
UMEHR e.V. i. Gr. (öffentlich)	64
Ostholstein Corona Demo	70
dieBasis Sigmaringen	74
dieBasis Zollernalbkreis	74
RatschkattlMuenchen	87
Impfzwang? Nein Danke!	93

Ludwigsburg diskutiert	89
dieBasis Waldshut	95
dieBasis Reutlingen	109
Info Gruppe Widerstand	107
dieBasis Schwaebisch Hall	113
Wir lassen unser Kind nicht impfen!	109
Zentrale Kommunikation Freie Linke	119
Die Ungeimpften	118
Speakers Café Original	122
dieBasis Rottweil	140
CoronaRebellen NF/RD/HEI/SL	152
Gemeinsam2020	138
dieBasis Tübingen	151
Freie Linke Nord	146
dieBasis Mannheim	150
Für Selbstbestimmung, echte Demokratie	143
dieBasis Rhein-Neckar	177
G.J. Internationale Chat	181
dieBasis Karlsruhe Land (öffentlich)	180
Info Kanal Widerstand	198
dieBasis Freiburg	218
Menschenrechte für Leer Ostfriedensland	219
Glaub den Medien nicht!	249
Die Gelbwesten	251
dieBasis Bodenseekreis	258
Nicht ohne uns! Bayern	260
Eine eigene Meinung teilen! Für M...	268
Nicht Ohne Uns! DORTMUND	272
@Wir-im-Norden-Active2021	311
Reale Verschwörungen - Das Facebook-	328
Freiheit für Julian Assange	361
Corona Rebellen Berlin	397
Meinungsfreiheit und freier Meinungs Austausch	392
Demokratischer Widerstand (Südbaden)	437
Münchner Flashmopper	528
Corona Rebellen Nord	562
BuxAktiv.de Buxtehude	630
Widerstand Niedersachsen	636
Systemkritiker: Ken Jebsen, Dr. Daniele Ganser,...	715
Buergerbewegung Leipzig 2021die 89iger	847
Bananenrepublik BRD! Willkürjustiz	796
FreeTruthMedia – Diskussion	841
#wirlassenunsnichtimpfen#	900
Ich bin in Deutschland	1.092
Corona Rebellen Sachsen	1.100
zwanzig4.media - Diskussionsgruppe	1.137
FREIE PRESSE (offiziell)Gel	1.245
great awakening art chat	1.716
Chat Freie Linke Zukunft	1.785
DemoTERMINE Chat-Gruppe - Wir wecken	2.707
Frieden Freiheit keine Diktatur Widerstand	3.770
Gesamt Mitgliederzahl:	28.922

Das sind die Gruppen, die ihren Mitgliedern freie Meinungsäußerung einräumen. Wir suchen weitere Gruppen und bitten bei der Suche um eure Mithilfe.



Facebook – Verteiler – für „Der Aufstand“

Stand: 24.10.2021, 12.00 Uhr Mitgliederzahlen:

Philosophenclub der Lohnabhängigen	4
Aufstehen Leipzig West	5
Free Slave Projekt	6
Schluss mit Ausgrenzung	8
Neue Normalität	8
Friedenskampf ist Klassenkampf	16
Selbstdarstellung Zeit & Raum	22
Bitte nicht auch noch Scholz ...	24
Aufstehen Potsdam	24
Kooperative Basisdemokratie	24
Wir gegen Die!!	33
Fairer Austausch öffnet die Tür zum Wir	33
Schweigemarsch Hamburg	34
Gelbe Westen Deutschland	41
Netzwerk: Aufstehen	42
Gelbwesten/# aufstehen München	44
neues Sozialsystem	45
Aufstehen Selbstbestimmte Bewegung	46
Aufstehen die Sammlungsbewegung Bayern	46
Demokratie	48
Gelbe Westen Schweiz – Bern	57
Aufstehen Bremerhaven	56
Antiimperialistische Linke	58
Schluss mit dem Lockdown u. Volksverdummung	58
Gelbe Westen Deutschland (private Gr.)	59
Aufstehen bewegen und ändern	59
Aufstehen Erfurt	60
Aufstehen Münsterland	60
Aufstehen Brandenburg unabhängig	61
Aufstehen für Demokratie und Menschenrechte	62
Aufstehen Lübeck und Umgebung	65
open SPD	67
Aufstehen Thüringen	67
Menschenpartei	68
Aufstehen Berlin Treptow-Köpenick	68
Politik und Zeitgeschichte systemkritisch	73
Antikapitalistische Linke 2.0	74
Woran glaubst Du?	75
Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen	77
Gelbe Westen Brandenburg	82
Aufstehen Byern unzensiert	83
Aufstehen Osnabrück (Niedersachsen)	84
Freie gelbe Westen UNNA/KAMEN	85
Yemen Frinds Relief – Hope	86
Free Julian Assange Startnext	87
Aufstehen Witten (NRW)	88
Aufstehen – Hessen	90
Aufstehen Kiel	92
Anarchistic Academy	93
Gilets Jaunes Internationale Antifa	93
Gelbe Westen Hamburg	95

Gesamt Mitgliederzahl bis hier: 2.835

Aufstehen Rheinisch-Bergischer Kreis	101
Lorsch und die Welt	102
Organisation Bündnis für Frieden	105
Aufstehen Stammtisch systemkritisch	108
Freie Anarchisten Zürich	108
Gemeinsam gegen Rassismus	117
Die Wahrheit (Rev. in D.)	123
VFM – Diskurs	129
Aufstehen gegen Rassismus – Geesthacht	131
Linke SPD Friedensbewegung	133
KenFm-Nur für Systemkritiker (Innerer C.)	133
An alle, die keine Zwangsimpfung wollen	133
aufstehen – Bündnisinitiativgruppe	134
Zielstation Gemeinwohl	135
Desaster Berlin #ichlassmichnichtimpfen!	135
Freiheitsboten Thüringen	135
Linke Fraktionen	137
Das Volk sind wir!	137
FAJA (GelbwestenBewegungAachen...)	137
aufstehen basis stammtisch	141
Gegen Rechts- Bunt statt Braun	142
Offenherzige Anarchist*innen, ihre Kritiker u.	143
Gelbe Weste Bewegung Aachen	143
Freiheitsboten Thüringen	143
Globale Demokraten Union	147
dieWeltKlarSehen	149
Aufstehen Aktionen	149
aufstehen – Bündnisinitiativgruppe	149
Kom. Plattform der LP in Wiesbaden	150
Gilets jaunes/Gelbwesten – Soli m. fr. GJ	151
Stoppt defender 2020	151
Netzwerk Laterales Denken	151
Positive Nachrichten aus aller Welt	153
Schluss mit Ökoterror! Gelbwesten in D.	154
Aufstehen Aktionen	156
Gr. f. Frieden und soziale Verbesserung	160
Impfen Nein Danke R.L.P. steht Auf	164
Freidenker	164
Gegen Netz DG, die Zensur u. unberecht.	165
Menschen der Freiheit reden	167
G.J. Germany	173
Miltenberg Freiheitsboten	173
BT – Wahlboykott 2021	176
aufstehen Würzburg und Umgebung/Bayern	177
aufstehen Mecklenburg-Vorpommern	177
APO-21-allesstaatsgewaltgehtvonvolkaus	178
Bremen gegen Armut	180
Gegen Krieg und Kriegsprovokationen	181
Wissensmanufaktur 5.0	184
Covid Wahrheiten	186
Linkes Diskussionsforum	187
Liberales Forum	187
Dem Kapitalismus die rote Karte zeigen	188
Kampf gegen Rassismus auf FB	189
Liebe für alle – Licht... - Frieden...	191
Gelbe Westen für die Schweiz	192
Schildwall gegen Rechts	192
anarchistische Front	193
Aufstehen Stuttgart (Baden-Württemberg)	197
International Anti-NWO Alliance	199
Montagsdemo Potsdam	202

Bundestagswahl 2021	203
Wir sind Deutschland	205
Ocoboe Mnenie	208
Lebenswerte Zukunft	208
Eigentum ist Diebstahl	210
Global Patriot Unity by American ...	212
Der Rassismus gegen das eigene Volk	212
Aufstehen Arbeitsgruppe Grundeinkom.	216
Forum Sozialdemokratische Basisini	219
Aufstehen Emden	222
Community – Wir impfen nicht	222
Stoppt die Sanktionen gegen Russland	225
gelbe Westen für Deutschland SH	225
Gelbe Westen Hessen	226
Aufstehen Bremen	227
Altersversorgungskasse	227
Aufstehen Schleswig-Holstein	229
Menschen für Deutschland	230
Antifaschist. Regionalbahn Leiserberge	233
Aufstehen Düsseldorf	234
Fridays gegen Altersarmut	234
Free – News	236
Wir können selbst denken	238
Ungeimpft sucht ungeimpft zum anstecken	238
Wir wollen den Rausschmiss von Verkehrsm.	240
Deutschland macht dicht # Hessen	240
Die Basis Biberach	240
Das Volk sind wir >	241
Gegen die neue Weltordnung	243
Internationale Friedensfabrik Wanfried	244
AG: Die Philosophie der Freiheit	244
diebasis – offene gruppe (reloaded)	244
Bündnis gegen Rechts (BGR)	244
Memes, Goodys rund um Corona	247
„Linker Aufbruch“ - Gruppe	247
Gelbe Westen # Vereinigung # Bayern d.O.	248
Unruhe Stiften! Künstlich	248
„Neue Linke“ - Gruppe	253
Ungeimpfte Kontakte und Singels	253
Aufstehen Arbeitsgruppe Grundeinkommen	256
Antikapitalistischer Widerstand	257
Keine Macht den Maßnahmen	261
Wir brauchen eine gerechte Welt	261
Gegen Rechts – Bznt statt Braun	263
Free Julian Assange – Take Action	265
Ende mit der politischen Verdummung ...	265
Aufstehen-Selbstbestimmte Bewegung	267
Nachrichten aus aller Welt	270
Direkte Demokratie in Deutschland	273
Polit - Stammtisch	273
Widerstand 2020 – Landesverband Hessen	273
Linke Geschichte(n)	274
dfN - die freien Nachrichten	277
„Rentner Betrug in Deutschland“ - Gruppe	277
Bundesweite Gemeinschaft f. eine soli Gesell.	279
Nortorf Presse	286
Querdenken Berlin	289
Stoppa makt missbruket! Stop abuse of power!	291
Gegen gesundheitsschädliche & verf...	292
Free Julian Assange – The Day After	294
Gelbe Westen	297

Aufstehen f. soziale Gerechtig. und faire Arb.	297
Deutschlands Wahrheit	299
Gemeinsam gegen die Coronadiktatur	299
AKL Antikapitalistische Linke	305
Gegen die neue Weltordnung	305
Antifa Kommunikations Gruppe	308
Bohemia	312
„Querdenken 221“ – Gruppe	320
Sag „NEIN“ zur Impfpflicht !!!	327
Pax Terra Musika – offiz. Suporter/Helfer	331
Widerstand 2020 Rheinland Pfalz	333
Corona Diktatur 2.0	333
Gegen-Tagesschau-Heute	333
Freedom for Julian Assange News	342
Freedom for Julian Assange	354
Rentner – Initiative – Berlin	345
The Story of Freedom	345
anarcho Front	347
Antifa	350
Aufstehen Direkte Demokratie & Abstimmen	351
Europa gewinnt!	352
Aufstehen – Die rote Karte für die BRD	355
Free Assange II	356
Ukrainski Legion	357
Widerstand 2020 Friedensbewegung	357
Wir sind das Volk >	362
Fantory = Fantasy + History	362
Linke gemeinsam gegen Rechts	364
Demokratie in Europa	372
Internetzeitung	372
Hand in Hand der Widerstand gegen Corona	383
Selbstbestimmung und Wahlfreiheit	380
Marxistisches Forum	380
Widerstand Jetzt	383
Wir lassen uns nicht IMPFEN	383
Der Rassismus gegen das eigene Volk	383
Philosophen für den globalen Frieden	384
Aufstehen Arbeitsgruppe Grundeinkommen	388
Linksfraktionen 2.0	389
Stoppt den unlitmativen Corona-Wahnsinn	392
Gelbe Westen Heilbronn 2.0	398
SPD Friedensbewegung	406
richtig Links	418
# ungeschminkte Wahrheit	423
aufstehen Ruhrpott	425
Gegen Rechts	443
dieBasis Köln	444
Öl-Konzerne enteignen	445
ichlassmichnichtimpfen	450
Gegen VERGESSEN – DDR Opfer	451
Obdachlos: Was nun = Flüchtling im eigen L.	468
Bündnis gegen Rechts -Lippstadt	469
Freiheit durch Sozialismus	484
#SPDerneuern	485
weißeroseweimar	493
Deutsch-Russische Freundschaft	494
Aufstehen gegen Altersarmut	502
Jennys Wohnzimmer	515
Gelbe Westen Schweiz – GJ	521
Aufstehen bundesweit inoffiziell	523
Demokraten gegen Rechts	534

Schwurbler unter sich	539	Philosophie	1.077
Facebook gegen Rassismus	544	GJ International Art+Artist	1.080
SPD neue Netzpolitik	543	Gemeinsam gegen die neue Weltordnung	1.105
Kiel steht auf	547	FREEDOM DAY	1.105
Freidenker	559	Frieden in der Welt	1.133
Netzwerk für Frieden und Gerechtigkeit	561	Belmarsh, Vigil for Julian Assange	1.137
Wir lassen unsere Kinder nicht impfen	562	S.A.W- Save A World	1.149
Aufstehen für soziale Gerechtigkeit	570	Ich lass mich keinesfalls impfen	2.350
Gesunde ungeimpfte Menschen gegen den Staat	571	Stopp das System – Wir sind das Volk	1.184
Global Patriot u7nity by Amarican Patriot	572	Aufwachen	1.196
HAPPEACE	584	Lauter Protest	1.228
Schluss mit dem Wahnsinn!!!	599	Lasst die Masken fallen	1.236
Desaster Berlin #ichlassmichnichtimpfen!	610	Anarchista De Bem	1.248
Magdeburger Friedensfestival 2021	623	Demokratischer Widerstand gegen Rechts	1.257
FREE JULIAN ASSANGE	634	Das Glück der Kinder	1.387
Internationale Friedens Fabrik Wanfried	644	Fanpage FaF	1.401
Oder-Neiße-Friedensgrenze	653	Direkte Demokratie auf Bundesebene	1.412
Aufbruch in die Zukunft	662	aufstehen-Gelbwesten (GJ)	1.443
Friedensbewegung Forum	679	Forum	1.448
Offenes Friedensforum	690	Netzwerk der Gelben Westen	1.496
Familie ... Wir impfen nicht	694	Weg aus Deutschland	1.502
Gegen Rassismus und Rassistische Präsenz	697	Memens, Goddys II, wir lassen uns nicht ...	1.528
DIE LINKE NRW Diskussion Forum	705	DEF 2021	1.539
Krüppel – Aufstand	723	Gemeinsame Vernetzung	1.561
Protestiert gegen AFD&Co überall	725	Party der dummen Wähler (PddW)	1.562
Stop the lockdown.Now!	731	Stopt the Lockdown. Now!	1.566
Krüppel – Aufstand	736	UMEHR e.V. - Der Aufstand	1.613
Friedensbewegung	741	Mund auf trotz Mundschutz	1.627
Kap.- Nein Danke! 88% wollen einea.W.	745	Corona Diktatur	1.644
Teachers for Future Germany	752	Ideologiefreie Gruppe	1.659
Demokratischer Neustart	755	Banlieues Jaunes 67	1.724
Nothing stopping us now“ were on the mo	758	Die Wahrheit hinter den Illusionen	1.744
BRD-Unrecht 2.0	767	Diskussionen zwei! Deutschland vernetzt sich	1.752
Frieden in einer Welt	779	Progressives Linksspektrum	1.763
Hamburger Künstler vereinigt euch!	788	Wissensmanufaktur	1.773
Wir sind das Volk OX	798	Zensurfrei	1.805
Haiger gegen Rechts! Vielfalt statt Einfalt!	803	Menschen und Politik heute	1.851
NEUSTART für EUROPA	813	Free Julian Assange (Politikel Prisoner)	1.872
# Stay Awake Bamberg	833	Widerstand 100	1.893
Freie Medien	853	Antifa – Grupo de Resistencia	1.950
Wirtschaft & Gemeinwohl	853	Eltern Netzwerk	1.981
anarchistische Gemeinschaft	855	Ungeimpften wird geholfen	2.094
Liga für den Frieden	883	Coronaregeln nein Danke	2.227
Jemen der vergessene Krieg	906	die Basis Momentum – e.Ini KV d.Viersen	2.243
Connected Nurses-Pflegekräfte Europas	907	Gemeinsam gegen die neue Weltordnung!!!	2.298
Wir helfen Corona Isolierten	914	Frieden Rockt Schweiz (offizielle Gr.)	2.354
Berlin – Brandenburger Landespolitik	932	Freie Entscheidung gegen die Masken/Impf	2.370
Gesellschaft_aussterbenden_Wissens	935	Truth & Courage March for Julian	2.403
Gelbe Westen Vereinigung	952	Ken FM 2.0	2.446
Verschwörung oder nicht/Nachrichten	960	# 24 F Coalicion Vida y Libertad J.Assange	2.461
Europe yellow Vest Protest	965	Freidenkerforum – private Gruppe	2.481
Gelbe Westen Aktiv Baden-Württemberg	981	Colorful Germany	2.522
Die Welt wird belogen und verkauft	993	Deutschland 2020 – mediale Massenverblö.	2.603
		Polityka	2.608
		GVAG	2.619
		Aufstehen in Gelbwesten!	2.673
		Volvamosa lostiempos del punk	2.744
		Linker runder Tisch	2.798
		gegen die Corona Diktatur in Deutschland	2.850
		Proletarskoe	2.865
		Bedingungsloses Grundeinkommen	2.882
Gesamt Mitgliederzahl bis hier:	92.674		
Grundgesetzschutz-Runder Tisch 2020-1	1.008		
Gegen unverhältnismäßige Corona Maßn.	1.011		
Geldschöpfung durch Grundeinkommen	1.028		
„Frieden Total“ – Gruppe	1.036		
Die Mitfahrgelegenheit für Antifa. Demo.	1.043		

Gegen Defender 21	2.932
Widerstand + Schweiz	3.134
American Patriots Rising	3.136
Wide Awake Chat	3.245
Hier spricht das Volk	3.371
Linksfraktion	3.386
Verschörung in Theorie und Praxis	3.420
Gelbe Westen für Deutschland	3.563
FRIEDvolles Entstehen f.u.Grundrechte u.D.	3.608
KenFM – Diskussionsgruppe	3.612
Deutsch – Russische Freundschaft	3.645
Rückkehr zur Menschlichkeit	3.749
Friedenswerkstatt Hamburg	3.753
Corona Rebellen 2.0	3.970
Antikapitalismus	4.215
Corona Rebellen	4.315
Connected nurses – Pflegekräfte Europas	4.316
Wir gegen Mainstream!!!..Fakten!!!	4.336
Free Assange and Manning Events	4.611
Die Anstalt – Eigentlich seid ihr ...	4.718
The Unvaccinated Alliance	4.723
Wir gegen Altersarmut	4.835
Wir für Deutschland-wir sind das Volk	4.913
Die Wahrheit liegt auf der anderen Seite – Gr.	5.255
Don,t Extradite Julian Assange	5.362
POSITIVE Nachrichten und SCHÖNE	5.379
Unsere Welt leuchtet	5.900
Nationale Befreiungsbewegung Deutschland	5.725
Eltern gegen Maskenpflicht	5.738
KenFM Nur für Systemkritiker ADMINIS	5.850
Unidet 4 Julian Assange	6.156
Wir impfen nicht	6.421
Wir gegen die Maskenpflicht	6.719
Ver.di Kolleginnen u. Kollegen	6.829
#Stay Awake für Freiheit und Selbstbestim.	7.147
Die sich nicht impfen lassen	8.192
Rücktritt der Bundesregierung	8.572
Freiheitsgedanken	9.126
Adode esta la flor?	9.323

Gesamt Mitgliederzahl bis hier: 405.503

Die Ungeimpften der Club 1.0	10.055
Freie Presse	12.240
World 4 Assange	13.585
Wir gegen „Jeden Lockdown“	14.962
ARD und ZDF und ihre neol. Lügenm.	15.262
Neuwahlen für Österreich Demokratie jetzt	15.321
Travame na Zruseni	16.747
Julian Assange's Angels	18.435
Lachen gegen Corona	20.139
Free Julian Assange	21.150
Connected nurses – Pflegekräfte Europas	23.519
DEMO Termine in Deutschland	26.098
Die Welt wird belogen und verkauft	36.102
NEMO-No Embargo Cuba Movement	105.522

Gesamt Mitgliederzahl: 748.911



Kimmich ist nicht nur ein hervorragender Fußballer, er kann auch klarer denken als einige der sogenannten Experten.

Oskar Lafontaine
ÜBER DIE IMPFSEPSIS DES BAYERN-STARS



„Vergessen wir nicht, dass am Anfang der nationalsozialistischen Herrschaft nicht Auschwitz stand, sondern die Ausgrenzung von Menschen, die als störend und schädlich betrachtet wurden.“

Andre Heller, geb. 1947, österreichischer Autor, Dichter, Chansonnier und Schauspieler.



„
WIR HABEN ERMITTELT, DASS BEI GUT 80% DER OFFIZIELLEN COVID-TOTEN, DIE SEIT ANFANG JULI GEMELDET WURDEN, DIE ZUGRUNDELIEGENDE INFektion SCHON LÄNGER ALS FÜNF WOCHEN ZURÜCKLIEGT UND MAN DAHER EHER DAVON AUSGEHEN MUSS, DASS CORONA NICHT DIE WIRKLICHE TODESURSACHE WAR.
IN DEUTSCHLAND GIBT ES MITTLERWEILE 3,8 MILLIONEN MENSCHEN, DIE EINE CORONA-INFektion ÜBERLEBT HABEN. RECHNERISCH STERBEN TÄGLICH ETWA 100 DIESER GENESENEN AN REGULÄREN TODESURSACHEN. NUN KOMMT ES VOR, DASS SOLCHE FÄLLE IM GESUNDHEITSAMT EINER VOR MONATEN GEMELDETEN CORONA-INFektion ZUGEORDNET WERDEN. SIE GEHEN DANN IN DIE STATISTIK DES RKI ALS CORONA-STERBEFALL EIN. DA KANN ES SICH DANN AUCH UM EINEN ALTEN MENSCHEN HANDELN, DER SICH ZWAR 2020 INFIZIERT HAT, JETZT ABER AN HERZVERSAGEN GESTORBEN IST.

PROF. DR. BERTRAM HÄUSSLER

• LEITER DES GESUNDHEITSFORSCHUNGSINSTITUTS IGES IN BERLIN •
IM INTERVIEW MIT DIE WELT, 30.08.21

Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Mai-Heft vom 01.05.2020 Nr. 01/2020

Offener Brief an das Magazin „philosophie“ zum ihrem Thema „Eigentum verpflichtet – aber wozu?“ – von Holger Thurow-N.

Zur philosophischen Entwicklung eines modernen Besitzrechts – J.M. Hackbarth

Das Rätssystem ist identisch mit Volksherrschaft = Demokratie – J.M. Hackbarth

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) <http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Juni-Heft vom 01.06.2020 Nr. 02/2020

„Volonté Générale“ (Volkswille) – von Jürgen Michael Hackbarth und Holger Thurow-N.

Interview mit Rainer Mausfeld

Das Rätssystem ist identisch mit Volksherrschaft/ Demokratie – von J. M. Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der „Die Tribute von Panem“ – von J. M. Hackbarth

Anders Wirtschaften jetzt! (Aufruf) – von Silke Helfrich, ...

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) <http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Juli-Heft vom 31.07.2020 Nr. 03/2020

Im Kreuzverhör zum Thema „Volkseigentum oder Gemeinbesitz?“ – von Jürgen Michael Hackbarth, Ronald Rausch, Holger Thurow-N.

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen, am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ – von Jürgen Michael Hackbarth

Was ist Radikaldemokratie? – von Jürgen Michael Hackbarth

Oberflächlichkeit im Visier: — Zeitschrift „philosophie“ zum Thema Pazifismus – von Holger Thurow-N.

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) <http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

August/September/Oktober-Heft vom 30.09.2020 Nr. 04/2020

Im Visier: „Der blinde Fleck“ zum Thema Eigentum, von Holger Thurow-N.

Radikaldemokratie mit Besitzrecht gegen Repräsentativdemokratie mit Eigentumsrecht! – von Jürgen Michael Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen – Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus dem Heft 03/20, Juli 2020), von Jürgen Michael Hackbarth

UND ES WAR NICHT MEINE SCHULD, WO ICH WAR, ODER WAS ICH TRUG!

Y LA CULPA NO ERA MÍA, NI DONDE ESTABA, NI COMO VESTIA!

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) <http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

November/Dezember-Heft vom 10.12.2020 Nr. 05/2020

Die Leitidee der Eigentumsgesellschaft ist unmoralisch!
Echo auf das Interview des Magazins „philosophie“ mit Markus Gabriel, Professor für Philosophie und Erkenntnistheorie an der Universität Bonn
von: Holger Thurow-N.

Die Herrschaft des Eigentumsrechts schließt Demokratie/Volksherrschaft im Sinne des Wortes aus!
Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus Heft 04/20)
von: Jürgen-Michael Hackbarth

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

FREE SLAVE PROJECT



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Januar/Februar-Heft vom 28.02.2021 Nr. 01/2021

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen
Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“
(Fortsetzung aus dem Heft 05/20)
- von J. M. Hackbarth

Interview mit Rainer Mausfeld
Frage zum Thema Eigentum und Besitz
- von J. M. Hackbarth

Diktaturvisionen – eine Gefahr für die Freiheit!
Begleitung der Zeitschrift „philosophie“
- von Holger Thurow-N.

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
(Fortsetzung aus Nr. 5/20)
- von J. M. Hackbarth

Der freie Fall in die Diktatur? Oder gibt es Alternativen?
- von Johannes Schubert

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

März/April-Heft, Redaktionsschluss 30.04.2021 Nr. 02/2021

Covid-19 und der Transhumanismus
- von Anja Wurm

Was ist der Unterschied zwischen einem Aufstand und einer Revolution?
- von J.M.Hackbarth

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden? Institutionen / Staat (Fortsetzung)

Ergebe dich in dein Schicksal und lehne dich nicht auf! Aha! Resilienz
Antwort auf die Zeitschrift „philosophie“
- von Holger Thurow-N.

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung)
- von J.M.Hackbarth

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

ES ENDET NICHT!
...WENN IHR ES NICHT BEENDET!



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Juli/August-Heft, Redaktionsschluss 30.06.2021 Nr. 03/2021

Zum Thema Transhumanismus
Antwort auf „Covid 19 und der Transhumanismus“ von Anja Wurm in Heft 02/21
- von Daniel D.

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
Thema: Wehrhafte Demokratie (Fortsetzung aus dem Heft 02/21), vorgestellt und kommentiert
- von J.M.Hackbarth

Friedliche Revolution in die Freiheit und eine wehrhafte Demokratie!
- von J.M.Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände u. Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“
(Fortsetzung aus dem Heft 02/21)
- von J.M.Hackbarth

Wo liegt die Grenze der Machthaber? Antwort auf das Titelthema der Ausgabe 03/2021 der Zeitschrift „philosophie“, „Wo liegt die Grenze des Sagbaren?“
- von Holger Thurow-N.

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

